

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 29. November 1923.

Nr. 279.

**Bezugsbedingungen:**  
Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Kz 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlegung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich (1923)

## Nationalsozialistische Moralbegriffe.

Senator Fahrner ist Mitglied der deutschen nationalsozialistischen Partei. Schon der Umstand, daß ihm das wichtige Mandat eines Senators anvertraut wurde, beweist, daß er kein beliebiges Mitglied ist. Fahrner ist aber außerdem auch noch Sekretär der nationalsozialistischen Gewerkschaftsorganisation. Er steht also mit Jung und Knirsch an der Spitze der Partei. Seine Parteifreunde werden es daher schwer haben, wenn sie versuchen wollten, Äußerungen und Anschauungen von ihm, noch dazu, wenn er sie in seiner Eigenschaft als Senatsmitglied vorträgt, nach dem altbekannten Trick, als Ausfluß seiner „persönlichen Meinung“ hinzustellen. In der vorgestrigen Sitzung der Klubmänner des Senats kündigte, wie schon mitgeteilt wurde, Genosse Dr. Heller an, daß er im Namen seiner Partei einen Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der Korruptionssache der Genossenschaft der Spiritusbrenner — deren Obmann der Präsident des Senates Herr Prasek ist — einzubringen gedenke. Es war schon erstaunlich genug, daß Herr Prasek, der das größte Interesse an der restlosen Aufhellung der dunklen Angelegenheit vor der ganzen Öffentlichkeit haben mußte, sich gegen die Einsetzung eines solchen Ausschusses mit Händen und Füßen wehrte, wobei er seine Abneigung gegen die Untersuchung damit zu begründen suchte, daß er sagte, seine Tätigkeit als Vorsitzender der „Spiritusgenossenschaft“ gehe den Senat gar nichts an. Noch erstaunlicher war es, daß einzelne tschechische Klubmänner, obwohl sie allesamt davon überzeugt sein dürften, daß die bisherigen Erklärungen Praseks zu seiner und der Spiritusgenossenschaft Rechtfertigung nicht im Entferntesten ausreichen, Herrn Prasek beipflichteten. Geradezu Verblüffung aber erregte es, als auch der deutsche nationalsozialistische Senator Fahrner sich gegen den Antrag Heller wendete und erklärte, die Beschuldigungen gegen Prasek seien „privater“ Natur, hätten mit seiner Tätigkeit als Senatspräsident nichts zu tun, und es gehe nicht an, wenn irgend eine Zeitung ein Parlamentsmitglied beschuldige, gleich einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Herr Fahrner ermutigte also nicht nur die Herren von der tschechischen Koalition, die Spiritusgeschichte zu vertuschen, er bot auch seine wertvolle Mithilfe bei dieser Vertuschung an!

Um die in der Stellungnahme des Herrn Fahrner an den Tag gelegte nationalsozialistische Moral voll würdigen zu können, muß man sich vor Augen halten, um was es sich handelt. Auf dem Weltmarkte hat im Jahre 1918 der tschechoslowakische Staat dagegen zahlte den Spirituszeugern 350 Kz für den Hektoliter, er hat ihnen also in diesem Jahre allein mehr als 18 Millionen Kronen zum Präsent gemacht. Im Jahre 1921 kostete ein Hektoliter 400 Kz, der tschechoslowakische Staat aber zahlte der Genossenschaft 1100 Kz, obwohl die staatlich-revisierte einen Preis von 840 Kz als vollkommen angemessen fand. So ging es von Jahr zu Jahr. Die Spiritusbrenner heimsten auf Kosten des Staats und der konsumierenden Bevölkerung märchenhafte Gewinne ein. Es mußte unerklärlich und als Geheimnis erscheinen, daß die Regierungen und die Öffentlichkeit, die in den Zeitungen ihren Ausdruck findet, die schamlose Bewucherung der Bevölkerung sei es begünstigten, sei es stillschweigend hinnahmen. Das Geheimnis wurde gelüftet, als man erfuhr, daß die Spirituszeuger für jeden Hektoliter Spiritus an die Genossenschaft einen Beitrag zu leisten haben, der in einen „Vertrauensfonds“ floß, dessen Verwendung dem Obmann der Genossenschaft, eben dem Herrn Senatspräsidenten Prasek, zustand. Im Jahre 1920—21 flossen dem Fonds 11.800.000 Kz, im Jahre 1921—22 10.000.000 Kz und im Jahre 1923 12.000.000 Kz, zusammen 33

## Die Bürgerblut-Regierung begraben!

Plan einer Koalition der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft mit Ausschluß der Deutschnationalen oder einer Übergangsregierung Kardorff.

Berlin, 28. November. (Eigenbericht.) Die Regierung des „Bürgerlichen Blods“ ist noch nicht zustande gekommen. Der Reichspräsident hat zwar Herrn Stegerwald mit der Bildung des Kabinetts beauftragt, doch hat dieser die noch bestehenden Differenzen zwischen den bürgerlichen Parteien nicht beseitigen können. Die Demokraten sträuben sich noch immer gegen den Eintritt ins Kabinett. Die Deutschnationalen legen das Hauptgewicht auf ihre Forderung, daß auch in Preußen die große Koalition beseitigt und eine Regierung des Bürgerlichen Blods gebildet werde. Die anderen bürgerlichen Parteien wollten dieser Forderung dadurch ausweichen, daß sie es den Fraktionen des preussischen Landtages überlassen wollten, über die künftige Regierungsbildung Beschluß zu fassen. Sie gingen dabei von der Tatsache aus, daß die jetzige Regierung in Preußen sich sehr gut bewährt hat und daß namentlich durch die Tatkraft des Ministerpräsidenten und Innenministers (beide Sozialdemokraten) die Ordnung in Preußen bisher ungestört erhalten geblieben ist, im Gegensatz zu Bayern, wo durch die Schuld der rein bürgerlichen Regierung das größte Durcheinander herrscht. Die Deutschnationalen wollen sich aber mit der ausweichenden Antwort der anderen bürgerlichen Parteien nicht zufrieden geben und ihre Reichstagsfraktion hat heute beschlossen, die deutschnationale Landtagsfraktion aufzufordern, bei den preussischen Koalitionsparteien anzufra-

gen, wie sie über die Regierungsbildung dächten. Diese Anfrage trägt ultimativen Charakter. Sie soll binnen 24 Stunden beantwortet werden. Von den Ergebnissen dieses Schrittes in Preußen will die deutschnationale Reichstagsfraktion ihren Eintritt in das Kabinett Stegerwald abhängig machen.

Nach diesem Ultimatum kann man annehmen, daß auch die Kandidatur Stegerwald erledigt ist. Langsam setzt sich überhaupt die Auffassung fest, daß die Lösung der Regierungskrise auf dem Wege fraktioneller Vereinbarungen ausgeschlossen ist. Die Demokraten sind heute abend an die Sozialdemokratie mit der Frage herangetreten, welche Haltung die sozialdemokratische Fraktion einnehmen würde, wenn eine Koalition der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft gebildet würde, die sich auf die Sozialdemokratie stützen soll. Dieser Plan fand im Laufe des Abends mehr und mehr Anhang, obwohl teilweise auch davon abgeraten wurde, ein rein parteipolitisches Kabinett zu bilden. Unter anderem wurde der Plan eines von den Fraktionen unabhängigen Kabinetts, das eventuell die Auflösung des Hauses vornehmen und die Geschäfte bis zur Neuwahl führen könnte, erwogen. Als Reichsminister ist für diesen Fall an den Abg. von Kardorff (Deutsche Volkspartei) gedacht, der übrigens geneigt sein soll, eine derartige Regierung ohne ausdrückliche Vollmacht seiner Fraktion zu bilden.

## Die Million Stegerwalds gescheitert.

Berlin, 28. November. Infolge der Schwierigkeiten, die sich einem Rechtskabinett Stegerwald entgegenstellten, ist anzunehmen, daß die Kandidatur Stegerwald als erledigt zu betrachten ist. Langsam setzt sich überhaupt die Auffassung durch, daß die Lösung der Regierungskrise auf dem Wege fraktioneller Vereinbarungen ausgeschlossen ist. Die demokratische Fraktion hat beschlossen, weitere Verhandlungen über die Bildung eines bürgerlichen Blods abzulehnen. Ihr Beschluß lautet: „Da gegen den Wunsch der demokratischen Fraktion von der deutschnationalen Fraktion die Frage der Regierungsbildung im Reiche mit der Frage der preussischen Regierungsbildung verknüpft wird, und dadurch eine neue Verzögerung und Verunsicherung geschaffen ist, lehnt die Fraktion die weiteren Verhandlungen mit den Fraktionen ab und wird sich an der Bildung der Regierung nur auf dem verfassungsmäßig vorgesehenen Wege, d. h. auf dem Wege der Verhandlungen mit einer vom Reichspräsidenten zum Reichslangler auszuwählenden Persönlichkeit beteiligen.“ Im Anschluß an den Beschluß der demokratischen Reichstagsfraktion begab sich Stegerwald zum Reichspräsidenten Ebert, um mit ihm über die Lage zu sprechen. Irgendwelche Beschlüsse wurden hierbei nicht gefaßt und es wird daher in parlamentarischen Kreisen angenommen, daß Stegerwald doch noch seine Versuche zur Bildung eines Kabinetts fortsetzen wird.

Millionen, über deren Verwendung tiefstes Schweigen bewahrt wurde, so daß nicht einmal die Mitglieder der Genossenschaft Aufklärung darüber erhielten. Zwei nationaldemokratische Blätter beschuldigten nun die tschechischen Sozialdemokraten, aus diesem Fonds zehn Millionen Kronen als Spende erhalten zu haben, was diese als Lüge erklärten und sie verlangten, daß Herr Prasek erkläre, wenn er die zehn Millionen gegeben habe. Die Beschuldigungen führten sogar zu einer Krise der Koalition, da die tschechischen Sozialdemokraten erklärten, ohne eine ihnen zuteilwerdende Genugung nicht länger mit den heimtückischen Kramarleuten in politischer Gemeinschaft bleiben zu wollen. Das führte auch dazu, daß der tschechische Sozialdemokrat Nemes im Abgeordnetenhaus den Spiritusandal in seinem ganzen Umfange zur Sprache brachte, wobei er aufzeigte, welche Wuchergewinne den Spiritusbrennern mit Hilfe des Staates zugeschanzt werden, und die Schädlichkeit wie auch die Verfassungswidrigkeit des mit der Spiritusgenossenschaft abgeschlossenen Vertrages scharf kritisierte. Dabei unterließ er es nicht, auf die Zusammenhänge dieser skandalösen Wirtschaft mit dem Bestechungsfonds der Genossenschaft hinzuweisen. In dieser Bedrängnis der Koalition erschien Präsident Prasek, der sich bis dahin in beredtes Schweigen gehüllt hatte, endlich im Rechnerauschuß der Koalitionsparteien und erklärte dort, daß keine der Koalitionsparteien oder ihr nahestehende Personen bestochen worden seien, auch versicherte er treu-

herzig, der besagte Fonds sei gar kein Bestechungsfonds. Das genügte allen Parteien und sie bemühten sich nicht weiter, die Angelegenheit zu untersuchen. Hauptsache war ihnen, daß die Koalition wieder einmal gerettet erschien.

Und das soll nach Herrn Fahrner eine „private Angelegenheit“ sein! Präsident Prasek wird beschuldigt, um das Stillschweigen von Zeitungen, Parteien und einflussreichen Persönlichkeiten gegenüber der Spirituskorruption zu erkaufen, viele Millionen zu Bestechungszwecken verausgabt zu haben, doch das, so meint der deutsche Nationalsozialist Fahrner, habe mit der Tätigkeit und Stellung des Senatspräsidenten Prasek nichts zu tun und gehe den Senat gar nichts an! Nicht einmal die tschechische Öffentlichkeit zeigt sich restlos durch die Art der Austragung der Spiritusangelegenheit zufriedengestellt, es geht vielmehr die Diskussion in der Presse darüber weiter und die den Koalitionszeitungen auferlegte Schweigepflicht kann nicht verhindern, daß sich in der Bevölkerung die Ueberzeugung festsetzt, es sei im Interesse der Erhaltung der Koalition die Schmutzsache um jeden Preis vertuscht worden. Wie auch anders! Was würde man zu einem Gerichtsverfahren sagen, das sich mit der Aussage des Angeklagten begnügt und es daraufhin gar nicht mehr für notwendig halten würde, auch Zeugen zu vernehmen und Beweisurteile des Anklägers zu prüfen! Das Leugnen des Angeklagten als entscheidender Anschuldigungsbeweis für das freisprechende Urteil!

## Die Bedingungen der Demokraten.

Berlin, 28. November. Stegerwald hat sich zur Uebernahme des Reichslangleramtes nur unter der Bedingung bereit erklärt, daß sich auch die Demokraten an der Regierung beteiligen. Die gleichen Bedingungen stellt auch Dr. Stresemann für die Uebernahme des Außenministeriums. Stresemann verlangt ferner, daß er von allen Parteien der Regierungskoalition ausdrücklich zur Uebernahme dieses Ministeriums aufgefordert wird.

Die Demokraten haben heute ihre Faltungsfrist abgehalten, die aber Mittag unterbrochen wurde, um an die anderen Parteien Rückfragen bezüglich ihrer Stellungnahme zu folgenden Forderungen der Demokraten zu stellen, und zwar 1. Aufrechterhaltung der bisherigen Außenpolitik und 2. Aufrechterhaltung der großen Koalition in Preußen.

## Putzhoorbereitungen der Kommunisten

Auf Befehl der Moskauer Exekutive.

Berlin, 28. November. (Preussischer Landtag.) Auf den Protest der kommunistischen Partei gegen die Verhaftung der Abgeordneten Frau Wolffstein erklärte im Landtag Innenminister Sebering, daß die Polizeibehörden die Immunität nicht verletzen hätten. Frau Wolffstein sei im Lustgarten als Teilnehmerin und Leiterin einer Demonstration verhaftet worden, die darauf angelegt war, blutige Zusammenstöße mit der Polizei herbeizuführen. Diese Demonstration sei auf Befehl der Moskauer Exekutive veranstaltet worden. Sebering verwies als Beweis dafür auf einen ausgefangenen Brief der Moskauer Exekutive, in welchem den kommunistischen Abgeordneten befohlen wird, durch Lärmereien beim Zusammentritt des Reichstages ihre gewaltsame Entfernung aus dem Saal zu provozieren und im Anschluß daran den bewaffneten Aufruhr zu proklamieren. Sebering verlas hierauf den weiteren Briefwechsel und erklärte, daß es sich bei den gestrigen Zusammenstößen mit der Polizei um eine Generalprobe für einen großen bewaffneten Aufruhr gehandelt habe. Als die Kommunisten darauf mit Gelächter antworteten, sagte der Minister: „Ich bitte einige Waffen auf den Tisch des Hauses zu legen.“ Darauf teilt sich der Vorhang links vom Regierungstisch und mehrere Diener schleppen schwere Maschinengewehre und Karabiner auf den Tisch von Abgeordneten umdrängen Tisch. Der Minister erklärte hierzu, daß vom 15. November bis jetzt über 4000 Mauerpistolen, 500 Karabiner, zwei Duzend schwere Maschinengewehre und andere Waffen bei den Kommunisten aufgefunden wurden. Weitere Waffenlager sind ermittelt worden.

Wer würde eine solche Justiz nicht für parteiisch oder toll halten! Klarheit und Gewißheit zu schaffen, dafür genügt selbstredend auch in diesem Falle die bloße Ablehnung des Herrn Prasek nicht im geringsten. Er mag schuldig oder unschuldig sein, ihm allein, ohne die Möglichkeit einer öffentlichen Ueberprüfung der schwereren Beschuldigung zu glauben, steht, da er doch der Beschuldigte ist, jeder Anlaß. Wohl verweisen die Koalitionsparteien darauf, daß das gerichtliche Verfahren Licht in die Sache bringen werde. Aber die Gewißheit, daß ein solches gerichtliches Verfahren durchgeführt werden wird, besteht gar nicht. Herr Prasek hat bis heute nicht geklagt und er wird auch nicht klagen. Bei Gericht anhängig ist nur eine Strafanzeige des Wilmner Großgrundbesitzers Bretl, der der Urheber der Beschuldigung gegen Prasek ist und die Strafanzeige lautet auf „Amtsmißbrauch“ des Senatspräsidenten. Da es sich um ein im Zuge befindliches strafgerichtliches Verfahren handelt, dürfen über seinen Verlauf keinerlei Betrachtungen angestellt werden, aber das eine kann schon jetzt gesagt werden: will Herr Prasek sich reinwaschen, dann muß er selber klagen! Oder er hätte verlangen müssen, daß der Antrag Heller im Senate zur Annahme gelange. Er drückt sich von beiden Gelegenheiten zu seiner Rehabilitierung, wobei ihm die tschechischen Koalitionsparteien helfen. Aber auch der deutsche Nationalsozialist Fahrner macht ihm dabei die Mauer. Für diesen Grad der politischen Verlotterung gibt es nur einen Ausdruck: nationalsozialistische Moral!



### Im Zeichen des Parteiverbotes.

Berlin, 28. November. Wie der „Lokal-anzeiger“ aus Stuttgart meldet, wurde in einem Stuttgarter Vororte ein Polizeiwachtmeister, als er eine kommunistische Versammlung auflösen wollte, von den Kommunisten erschossen. Die Täter sind flüchtig.

### Die „Münchener Post“ darf wieder erscheinen.

Die sozialdemokratische Presse unter Nazis-Knebel.

Berlin, 28. November. (Eigenbericht.) Die „Münchener Post“ ist am Dienstag zum erstenmal wieder erschienen; wobei sie die eine der von der Polizeidirektion gestellten Bedingungen, die über die Vorkaufsrechte, erfüllt hat. Ueber die Summe der Ration von 5000 Goldmark wird noch verhandelt, nachdem die Organisationen der Verleger und Redakteure durch ein gemeinsames Schreiben an die bayerische Regierung den Weg hierzu gebahnt haben.

Die anderen sozialdemokratischen Zeitungen in Bayern sind am Dienstag noch nicht erschienen, da die Anordnung des Generalstaatskommissariats erst im Laufe des Vormittags in die Hände der Provinzialbehörden gekommen ist. Die Aufhebung des Verbots war in Nürnberg bereits am Montag tags bekannt geworden. Unser dortiges Bruderblatt, die „Frankische Tagespost“, wurde daraufhin beim Polizeipräsidenten vorstellig und bekam den Bescheid, die „Tagespost“ dürfe erstens nicht mehr „hebersch“ schreiben, wobei eine genaue Erklärung dieses Begriffes abgelehnt wurde, zweitens müsse wahrscheinlich auch eine Ration von 5000 oder 10.000 Goldmark verlangt werden, was allerdings eine ungewöhnliche Härte darstelle, weshalb das Polizeipräsident noch einmal mit München Rücksprache nehmen wollte. Daraus geht hervor, daß Herr v. Kahr den Vollzugsbehörden nicht nur die Ermächtigung erteilte, die sozialdemokratische Presse wieder erscheinen zu lassen, sondern ihnen gleichzeitig auch die Garantien vorschrieb, die sie von den Verlegern zu fordern hatten.

### Regierungswechsel in Bayern?

München, 28. November. Die für heute erwartete Regierungserklärung über die politische Lage in Bayern, die Ministerpräsident Knilling dem ständigen Ausschuss des Landtages abgeben wollte, ist entgegen den Erwartungen unterbrochen und auf morgen zurückgestellt worden. Der Ministerpräsident hat die Bedingung gestellt, daß die Öffentlichkeit von dieser Sitzung ausgeschlossen werden solle. Es verlannt, daß Knilling entschlossen sei, sobald wie möglich, vielleicht noch in dieser Woche eine Entscheidung in der Frage Regierung oder Generalstaatskommissariat, herbeizuführen. Die morgige Erklärung des Ministerpräsidenten wird bereits nach dieser Richtung hin gewisse Andeutungen bringen. Die Entschließung der bayerischen Regierung und der bayerischen Volkspartei, das Generalstaatskommissariat abzubauen und die verfassungsmäßige Gewalt wieder herzustellen, wird angeblich auch nicht halt machen vor einem Rücktritt der gegenwärtigen Regierung. In diesem Falle soll der gegenwärtige Oberbürgermeister von Regensburg Dr. Hipp mit der Bildung der neuen Regierung betraut werden.

### Eine Politik der Mäßigung im Ruhrgebiet.

Brüssel, 27. November. (Havas.) Blättermeldungen zufolge ist der Ministerrat zu der Ansicht gelangt, daß infolge der erfolgreichen Politik im Ruhrgebiete eine Politik der Mäßigung bezüglich der militärischen Befehung eintreten kann. General Dégoutte wird in Uebereinstimmung mit den belgischen Militärbehörden Maßnahmen treffen, damit das Okkupationsregime in dem Maße gemäßig werde, in welchem die Arbeiterschaft in der Industrie und den Gruben Garantien einer ruhigen Arbeit bieten wird.

### Die Allierten unter sich.

Frankreichs Politik hat die Grundlagen des Friedensvertrages erschüttert.

London, 28. November. Blättermeldungen zufolge findet heute die bereits angekündigte Sachverständigenkonferenz des Foreign Office und des Schatzamtes in Downing Street statt. Daran nehmen teil: Sir Crewe, Sir William Tyrrell, Sir Warren Fisher und Sir John Bradburn, welche letzterer eigens zu dieser Zusammenkunft von Paris nach London gekommen war. In der Sachverständigenberatung im auswärtigen Amt wird nicht nur die Stellungnahme der englischen Regierung zu dem Abkommen mit den Ruhrindustriellen, sondern auch die Frage erörtert werden, inwieweit die englische Regierung bereit sein werde, mit Frankreich und Belgien in der rheinischen Eisenbahnfrage zusammenzuarbeiten.

Das grundsätzliche Problem, das dabei angeschnitten wurde, wird heute von den „Times“ dahin umschrieben, daß England sich darüber klar werden müsse, wie es sich politisch zu der Tatsache stellen solle, daß zwischen dem besetzten Deutschland und Frankreich durch die französische Politik der Zwangsmassnahmen gegen den englischen Widerstand eine neue politische und wirtschaftliche Einheit entstanden sei. Die französische Regierung, die dieses Ergebnis erzielt hat, mag den nationalistischen Interessen Frankreichs im engsten Sinne angepaßt sein. Diese Politik entspricht aber keineswegs englischen Interessen oder der englischen Auffassung von einem friedlichen Ausgleich in Europa. Diese Politik hat ferner einen Zustand geschaffen, der durch keinen Paragraphen des Versailler Vertrages erklärt oder gerechtfertigt werde. Frankreich hat die Grundlagen des Friedensvertrages erschüttert. Das letzte Ruhrabkommen soll der Reparationskommission vorgelegt werden und der englische Vertreter wird nichts anderes tun können, als die Gesetzmäßigkeit der ganzen Ruhraktion und ihre Folgen zu bestreiten. Was keine englische Regierung tun könne, ist, englische Rechte und englische Ansprüche in Europa preiszugeben. Es wird die Aufgabe einer Diplomatie sein müssen, die zugleich geschickt und fest ist, unter diesen neuen Umständen zu wirken. In der Gegenwart macht die Forderung, die im reichsten Gebiet Deutschlands hervorgerufen wird, einen tiefen Eindruck als alle politischen Aenderungen und alle Versuche, diesen Zustand zu verewigen. Eine ungeheure wirtschaftliche Zerstörung ist das erste Ergebnis eines überleiteten und isolierten Frankreichs, sich Reparationen zu verschaffen. Wir werden die Notkreise aus den Ruinen hören. Nur eine starke englische Regierung kann in einer so ersten Krise die moralischen Interessen verteidigen.

### Der Sachverständigenausschuss der Reparationskommission.

Paris, 28. November. Die „Agence Havas“ glaubt voraussetzen zu können, daß die Reparationskommission sich in ihrer Freitagssitzung mit dem französischen Antrage beschäftigen werde, einen Sachverständigenausschuss zur Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit einzusetzen. Die offiziellen Verhandlungen darüber seien bereits eingeleitet. Dem Ausschusse liege weiters das Material vor, auf dem sich das Exposé des Staatssekretärs Fisher über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands aufbaue.

### Auch Belgrad droht schon mit Sanktionen!

Belgrad, 28. November. (AP.) Die Belgrader Regierung hat heute durch Vermittlung der Reparationskommission an die deutsche Regierung eine Note, betreffend die Wiederaufnahme der vor-

dem 11. August bestellten Lieferungen gerichtet. Die Note ist in sehr energischer Tone gehalten und wird darin die Erfüllung der Verpflichtungen und die Beistellung der fälligen Lieferungen gefordert. Falls diesen Forderungen nicht entsprochen werden sollte, würde sich die jugoslawische Regierung bemühen, zu den im Friedensvertrage vorgesehenen Sanktionen zu greifen.

### Der große Lohnkonflikt in der Wiener Metallindustrie.

Die Unternehmer leuten ein.

Wien, 28. November. (Eigenbericht.) Die Metallindustriellen haben heute sowohl mit dem Bundesrat als auch mit dem Bürgermeister, Genossen Seif, verhandelt. Nachmittags fand eine Vollversammlung der Unternehmer statt, in der folgender Beschluß gefaßt wurde: Unter entschiedener Zurückweisung der beiden ultimativ gestellten Forderungen (der Arbeiter und der Angestellten. D. Red.) billigt die Vollversammlung die Beschlüsse der Delegiertenversammlung; da jedoch die Regierung in Anbetracht der Tragweite des Lohnkampfes die Vermittlung übernommen hat, ermächtigt die Vollversammlung das Lokomiltee zu weiteren Verhandlungen mit dem Auftrage, hierüber der Vollversammlung am Freitag zu berichten. (Dieser Beschluß bedeutet die Wiederaufnahme der von den Unternehmern brüskt abgebrochenen Lohnverhandlungen. D. Red.)

### Horthys Spiegelfellen.

„Erwachende Ungarn“ als Bombenindustrielle.

Budapest, 28. November. Die Erhebungen in der letzten Bombenaffäre haben zu mehreren Verhaftungen geführt. Einer der Verhafteten, Josef Marffy, hat eingestanden, daß er die Bombe am Gebäude der französischen Gesandtschaft niedergelegt habe, und daß die Bombe in seiner

Wohnung von dem gleichfalls verhafteten Karl Nefz angefertigt worden sei. Der ebenfalls in Verwahrungshaft befindliche Ludwig Horvath, Kabas gestand, daß er im September eine Bombe in der Torreifabrik des Gefangenenhauses in der Koharystraße niedergelegt habe, die gleichfalls in der Wohnung Marffys angefertigt worden war. Außerdem sei auch feinerzeit die Bombe im Kellerfenster der Franz Josefs-Kaserne placiert worden, die damals wohl explodierte, jedoch nur geringen Sachschaden angerichtet hatte. Der verhaftete Baupolier Josef Christoff gestand, daß er Anfang November eine Bombe neben dem im Bau stehenden israelitischen Tempel in der Babagasse niedergelegt habe. Nach den Mäthern sind alle die Genannten einstige Mitglieder des Vereines der Erwachenden Ungarn. Das Material zur Anfertigung der Bomben sollen diese Leute, wie die Polizei glaubt, nach Abrüstung des westungarischen Aufstandes nach Budapest mitgebracht und dort versteckt gehalten haben. Mit den Verhafteten sind auch zwei Mädchen stellig gemacht. In der Wohnung dieser Mädchen fand die Polizei Ersatz vor. Die Mädchen gaben an, daß von dem Ersatz von Fall zu Fall gewisse Mengen abgeholt worden seien. Die Aussagen der Verhafteten haben ergeben, daß die Bomben in der Wohnung des Marffy angefertigt worden waren. Die Untersuchung erstreckt sich auch auf die Provinz, wohin mehrere Polizeibeamte entsendet worden sind.

Die Verhafteten gaben zu, aktive Mitglieder der „Erwachenden Ungarn“ zu sein.

Budapest, 28. November. (UFA.) Der Minister des Innern hat einem Journalisten erklärt, Marffy und Genossen, die das Bombenattentat gegen die französische Gesandtschaft versuchten, haben anlässlich ihres Verhörs über das Motiv ihrer Tat angegeben, sie hätten auf diese Weise die Aufnahme einer Auslandsausreise verhindern wollen, um dadurch der Regierung zu schaden.

## Der sechste Tag der Budgetdebatte.

Prag, 28. November 1923. Das Abgeordnetenhaus setzte gestern zunächst die Spezialdebatte über die

### Kulturgruppe

fort. Es sprach der Deutschnationale Kalina über die Behandlung der deutschen Eisenbahnangestellten, besonders bei den verstaatlichten Eisenbahnen. Er stellte fest, daß die Regierung ihr Versprechen, daß ihnen aus ihren Sprachkenntnissen kein Nachteil erwachsen wird, nicht eingehalten hat.

Der tschechische Sozialdemokrat Jansa verweist auf die große Bedeutung des kleinen Schulfaches, welches die Schule dem Leben nähert.

Sodann gelangte zum Worte Genosse Hoffmann, der einen Vergleich zwischen den tschechischen und deutschen Schulverhältnissen zog und sich

### für kulturelle Demokratie

einsetzte. Er sagte u. a.:

Der Gesamtvoranschlag weist für das Schulwesen gegen das Vorjahr eine Verminderung von 21,9 Millionen Kronen auf. Im Motiwendbericht wird diese Verminderung dadurch begründet, daß die fortschreitende Ausgestaltung des Schulwesens nahezu vollendet sei. Ich glaube, angedeutet zu haben, daß diese Ausgestaltung des Schulwesens wohl zum größten Teile auf Kosten des Volkes erfolgt ist, also durchaus kulturwidrig genannt werden muß. Auf die furchtbar grausame Schuldrofflung muß ich von dieser Stelle aus hinweisen. In Böhmen gab es vom 1. September dieses Jahres, also zu Beginn des Schuljahres

1164 stellenlose Lehrer.

Wenn man annimmt, daß der kleinere Teil mittlerweile eine Anstellung gefunden hat, kann man die Zahl der stellenlosen Lehrer immer auf 1000 veranschlagen. Die Zahl der arbeitslosen Lehrer in Böhmen, Mähren und Schlesien ist mit 1400 sicher nicht zu hoch gegriffen. Nun kommt etwas anderes hinzu. Sie müssen sich vorstellen, daß nach der Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtshofes in Böhmen auch Zwangspensionierungen erfolgen können, wenn der betreffende Lehrer längere Zeit hindurch keine Anstellung findet. Das heißt, der Lehrer wird auf 50 Prozent seiner Bezüge gestellt.

Der Minister Dechane hat im Budgetauschuss ein sehr schönes Wort gesprochen von der konfessionellen und der nationalen Toleranz. Allerdings ist vom Wort bis zur Tat immer noch ein weiter Schritt, und doch wäre es ein Leichtes, daß das Ministerium selbst mit gutem Beispiel vorangehe, durch Anerkennung des letzten Restes der Selbstverwaltung.

Wir beharren nach wie vor auf der Forderung der unbedingten kulturellen Selbstverwaltung, aber was jetzt geschieht, das ist das allmähliche Verschwinden auch des letzten Restes der nationalen Autonomie im Schulwesen.

Nun hätten wir einige gewichtige Forderungen dem Ministerium zur Kenntnis zu bringen. Wir verlangen die Beseitigung der Schäden des sogenannten Reparationsgesetzes vom 13. Juli 1902, die Wiedereinreichung der Fachlehrer an Bürgerschulen in die Gruppe B der Staatsbeamten, die Wiederherstellung des Artikels 1 bis 3 des Gesetzes vom 9. April 1921, wonach auch den Stellenlosen, ohne Bestimmung eines Dienstpostens,

## Alle neun!

Ein Nachtstück von Josef Willomihet.

Während der drei Jahre, die der Abgeordnete Kunz dem Parliamente angehörte, hatte er — bei Gott! — bereits mehr zusammengehörigen, als Wolke der große Schweiger, sein ganzes Leben lang. Da kam eines Tages das Ultimatum seiner Frau.

„Mein Gebuldsfaden“ — so schrieb sie — „ist zerrissen. Entweder Du sprichst oder Du kommst nach Hause. Wenn Du mir immer schreibst, daß man Dich im Hause nicht zu Worte kommen lasse, und daß um so eifriger und ersprießlicher Deine Arbeit in den Kommissionen sei, so ist gerade dies das Schändlichste an der Sache. Du hast die Arbeit und die andern haben den Ruhm. Wärst Du ein Mann in des Wortes edelster Bedeutung, so würdest Du Dir das nicht gefallen lassen. Wenn die Opportunität das Reden verbietet, warum spricht der Parteiführer Tag für Tag? So geht es nicht weiter. Der Spott der Leute wird mir unerträglich. Ich komme soeben von Spengbergers — hättest Du nur die giftige Korb gehört, wie sie medierte: „Natürlich, in den Kommissionen ist er gewiß ungenauer angestrengt, Ihr armer Mann!“ — Wahrlich, liebster Sebastian, das muß ein Ende nehmen. Entweder hältst Du nächstens eine Rede oder Du resignierst und lehrst zurück zu Deiner Olga.“

Tief bekümmert las der Abgeordnete Kunz diese Zeilen. Wenn er auch keineswegs unempfindlich war für die Freuden des häuslichen

Herdes, so waren ihm doch die kleinen Zerstreungen der Hauptstadt so lieb und wert geworden, daß ihn die vorzeitige Abberufung vom parlamentarischen Schauplatz schmerzlich berührte. Von einer Rede konnte ja gar keine Rede sein...

Es war ihm dem recht weh ums Herz, als er des Abends wieder den gewohnten Gang tat in ein Wirtschaft vor der Stadt. Dort gibt's ein höchst gesundes Bier und gemüthliche Stammtischleute, und ein redliches seuchtes Erholen ist ersprießlich, wenn man den ganzen Tag geschwiegen hat zum Wohle des Vaterlandes.

Am Wege sah jimmernd ein uraltes Bettelweib. Sebastian griff in die Tasche, allein es war kein Kleingeld da. „Ei, Herrchen, helf!“ flehte die greise Bettlerin. Da gab er ihr, ohne zu zuden, ein größeres Geldstück. Nur daß es niemand sah, tat ihm ein wenig leid.

Die Bettlerin aber sagte: „Ei, Herrchen, viel zu viel für gemeinen Gotteslohn! Da kriegt Ihr noch obendrein eine ganze Schachtel „Ertrafegen.“ Mit diesen Worten zog sie eine kleine Schachtel hervor und gab sie dem erstaunten Sebastian.

„Ertrafegen?“ — fragte dieser. „Was soll das sein?“

„In Eurem Hause sind es Eloquenzpissen,“ gab die Alte zur Antwort. „Vor jeder großen Rede, die Ihr halten wollt, verschluckt Ihr eine solche Pille, dann wird die Sache wohl geraten sein.“

Raum hatte die Alte dies gesagt, da war sie spurlos verschwunden. —

Am folgenden Tage ging es hoch her im Parlament. Es gab unvermutet eine gewaltige

Ministerrede mit lebhaftem Beifall und zornigen Widerspruch. Der Abgeordnete Kunz hörte gar nicht zu, sondern dachte nur an seine Pissen, und daß doch wohl ein festes Jahr über im Spiele sei, weil die alte Bettlerin so plötzlich verschwunden. Da meldete er sich denn um Worte — ohne Rücksicht auf die „Opportunität“, derentwegen ihm bisher tiefstes Schweigen auferlegt worden war. Für alle Fälle nahm er sich vor, kurzweg „Schluß der Debatte“ zu beantragen, wenn ihm nach dem Verschlucken der Pille nichts Befentliches einfallen sollte.

Neun Pissen waren in der Schachtel. Eine davon nahm er heraus und tat sie in den Mund. Sie hatte einen wunderbar angenehmen Geschmack. „Der Herr Abgeordnete Kunz hat das Wort!“ rief der Präsident. Ein Raunen und Strunen ging durch das Haus, der Parteiführer Sebastians rang die Hände...

Ein Schluß, ein Druck — unien ist die Pille, und Sebastian Kunz fängt zu sprechen an. Ja, was ist denn das? Ist es möglich? — Eine stolz dröhnende, kunstgerechte Periode entströmt den Lippen des Redners — er fängt das schönste Latein zu reden an, obgleich er es nie gelernt hat. Er zitiert Cicero, von dessen Reden er bisher keine Ahnung hatte, er wendet sich gegen die Ministerrede, zerfetzt sie, zerfetzt sie, zerfetzt sie mit ganz unerhörter Schlagfertigkeit. Stoß auf Stoß erschüttert wachsender Beifallssturm das Haus. Nun spricht er auch noch — er selbst vermag es kaum zu fassen und zu glauben — stehend Italienisch: „Asciate ogni speranza, voi g'entrate!“ — Und dann Fran östlich: „Va recherche de la paternité est interdite.“ — Und dann kamen englische Sätze: „Something

is rotten in the state of Denmark!“ — Und das alles in prompter farcistischer Beziehung auf den Vorredner. Kurz: Es war eine „Senation“ ersten Ranges, und als Sebastian nach treffender Heranziehung von Stellen aus Machiavelli, Montesquieu, Macaulay, Budele und Taine und einer blendenden Fildzackfülle originaler Geistesblitze geschlossen hatte, da gab es einen Tumult wühwüthiger Begeisterung, Sebastians Parteiführer weinte vor Freude wie ein Kind, und der Held dieser wahren Geschichte erstidte fast in den stürmischen Umarmungen der Parteigenossen.

In den Zeitungen fand der ungeheure Erfolg dieser Jungferrede entsprechenden Widerhall. Sebastian wurde mit Glückwunschkarten übersutet, und von seiner Frau bekam er einen viden Brief, für den er ein bedeutendes Strafporto zu bezahlen hatte. „Siehst du's, da hast du's, ich hab's ja immer gesagt!“ — das war der Grundgedanke dieses überströmend zärtlichen Schreibens.

Was aber — so hör' ich den geehrten Leser dazwischen fragen — was ist's mit dem Nachtstücke, das der Titel dieser Geschichte angekindigt hat?

Gebuld, das Nachtstück folgt sofort. Entpangen von weißgekleideten Jungfrauen, Veteranen und Feuerwehrlenten, zog Sebastian Kunz in seiner Vaterstadt ein. Was Olga betrifft, so waren die Szenen wohnigen Widerspruchs einfach unbeschreiblich. „Den ersten Abend wirst du doch zu Hause bleiben,“ flüsterte sie mit ihrem süßesten Lächeln. „Allerdings,“ entgegnete Sebastian, „allein vorher muß ich ein Stündchen in den „Roten Löwen“ hinüber, das ist ganz un-



das Definitivum gesichert werden kann. Wir verlangen die Herstellung eines Rechtsverhältnisses für die Handarbeitslehrerinnen, die durch das Reparationsgesetz ebenfalls schwer geschädigt worden sind. Endlich verlangen wir, daß der Antrag unserer Fraktion über die Regelung der Rechtsverhältnisse der Kindergärtnerinnen zur Verhandlung komme.

Nun sei es gestattet, noch auf einen Punkt im Ziffernvald des Budgets hinzuweisen. Die Ausgaben für Kultuszwecke betragen im Jahre 1922 54 Millionen Kronen, 1923 63 Millionen und 1924 71 Millionen. Wir könnten beinahe das Wort anwenden, daß im alten Oesterreich ein geflügeltes Wort war:

„Hört Ihr Herren, laßt Euch sagen, der Kultus wird noch die Kultur erschlagen.“

Ich zweifle sehr, ob man mit Maschinen, gewehren, Kanonen und Panders im Verein mit dem Kultus jenen Zustand herbeiführen wird, den man als kulturelle Demokratie bezeichnen könnte, ich zweifle, ob ein solcher Zustand den Forderungen gerecht wird, die dem Präsidentenwort zugrunde liegen. So verlangen wir und fordern wir die Schulreform. Es ist nicht das schlechteste Werk, das der ehemalige Schlossergeselle und Journalist Behyng geliefert hat, als er den Entwurf zur Schulreform vorgelegt hat. Er soll und darf sich nicht behindern lassen durch den Hohn und Spott der gegnerischen Schulreformer, das Werk muß getan werden, aber wohlüberlegt und reiflich erwogen. Ich möchte als Lehrer darauf hinweisen, daß die Einführung des bürgerlichen Unterrichtes und des Handarbeitsunterrichtes auf Schwierigkeiten gestoßen ist, weil die für diesen Zweck vorgebildeten Lehrer fehlten. Es muß daher die Möglichkeit dafür geschaffen werden, daß die Lehrer in diesen Gegenständen nachträglich durch Kurse ausgebildet werden. Das kann auf mehrfache Weise geschehen.

Vor allem aber beharren wir auf der Forderung der Trennung der Schule von der Kirche und der Trennung der Kirche vom Staat. Der Mensch hat die Bindungen längst überwunden. Der Mensch der Vorzeit fürchtete die Natur, der Mensch des Mittelalters und der der Gegenwart fühlt sie: Abhängigkeit von der Last der ökonomischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Heute aber ist der Sozialismus unser Glaube und unsere Zuversicht. (Lebhafte Beifall.)

Die tschechische Sozialdemokratin Karpiselt hält den für Kultuszwecke eingelegten Posten im Budget des Schulministeriums für ganz überflüssig und tritt für die Trennung der Kirche vom Staat in entschiedener Weise ein. Damit, daß die römische Kirche in der Slowakei den Betrug mit verschiedenen „Wundern“ duldet, richtet sie sich selbst.

Dr. Peterzika (d. Christ. Soz.) stellt in tatsächlicher Berichtigung gegenüber den Ausführungen des Abg. Simm fest, daß er den Vorwurf der Verleumdung gegenüber einem tschechischen Kollegen bestritten habe, weil er ohne einen Beweis zu erbringen, pauschalmäßig die Priester der katholischen Kirche verdächtigte, daß sie das Beichtgeheimnis zu politischen Zwecken mißbrauchen. Weiters ist unklar, daß Redner selbst verleumdet hat, indem er die Lehrerschaft pauschal als religionsfeindlich bezeichnete. Redner erwartet daher vom Abg. Simm, daß er von dieser Stelle aus den Vorwurf der Verleumdung zurücknehmen wird.

Damit war die Aussprache über die Kulturgruppe beendet und das Haus ging in die Beratung der nächsten, der

**Wirtschaftsgruppe,**

über, die die Kapitel „Handel“, „Post“, „Eisenbahnen“, „Landwirtschaft“, „öffentliche Arbeiten,

abweisbar, längstens neun Uhr bin ich wieder daheim.“

Um neun Uhr hob jedoch im „Löwen“ erst der richtige Rummel an. Die „Elite“ der ganzen Gegend hatte sich eingeschoben, um den so lange ungeahnten Schatz der Rednergabe des gefürchteten Mitbürgers anzustarren. Indessen wurde sofort rufbar, daß Sebastian keineswegs sprechen werde. Er sei verhindert durch einen bedeutenden Schadenfall. Um seinen Ruhm und seinen Willen vorerst intact zu erhalten, hatte er zu diesem Vorwande seine Zuflucht genommen. Lieber Himmel, mit den wunderbaren Willen mußte ja für ganz besondere Anlässe gespart werden, damit die glänzend begonnene parlamentarische Laufbahn nicht allzu früh ihren Abschluß finde. Uebrigens wurde ja von anderen verehrlen Festgenossen genug gesprochen. In einer ganzen Reihe schwingvoller Trinksprüche wurden dem gefeierten Abgeordneten der „frühige Stolz“ und die „stolze Freude“ seiner Mitbürger ausgedrückt.

Um elf murrte er: „Eigentlich sollte ich längst zu Hause sein.“ Und dann blieb er noch bis zwölf. Bei seiner Rückkehr aber bot sich ihm ein seltsames Schauspiel dar.

Ausgerichtet in ihrem Ruhelager, auf das Nachtkästchen gestützt, auf dem ein Glas und eine Wasserflasche standen, blickte ihm seine Frau entgegen mit einem Ausdruck feierlichen Ernstes. Und jetzt — wahrhaftig, jetzt begann sie zu deklamieren aus dem Monologe der Iphigenie:

„Weh dem, der fern von Eltern und Geschwistern, Ein einsam Leben führt! Ihm frißt der Gram Das nächste Glück hinweg von seinen Lippen.“ usw.

Dann aber schnappte der Vortrag in Prosa um — in die geläufigste, formvollendetste Prosa — in heftige Klagen — in bittere Vorwürfe.

„soziale Fürsorge“, „Ernährung“ und „Gesundheit“ umfaßt.

Wenzel (d. Nat. Soz.) erklärt, für die gewerbliche und kaufmännische Beurteilung fehle im Voranschlage jede Deklassierung, und wendet sich dann den Steuerungsverhältnissen in Nordböhmen zu, welche für viele Beamte ein Rätsel sind. Diese Steuerung hat ihre wahre Ursache in der Entwertung der Arbeit, die eine Folge der staatlichen Steuerpolitik ist.

Moll (tschechischer Agrarier) verlangt die Parität zwischen der Landwirtschaft und der Industrie.

Mala (Kommunistin) tritt für einen entschiedeneren Kampf gegen die Steuerung ein.

Samalil (Tschechischlerikal) kritisiert die Durchführung der Bodenreform und sagt, daß die Großgrundbesitzer meistens den Juden und den Ministerialbeamten zugeteilt werden. Die tschechoslowakische Volkspartei muß sich gegen dieses „jüdische“ und „großhändlerische“ System wenden.

**Unsere Forderungen zur tschechischen Handelspolitik.**

Der nächste Redner ist Genosse Pirsch. Er sagt u. a.:

Der Generalberichterstatter zum Staatsvoranschlag hat am Schlusse seiner Rede die Bemerkung nicht unterdrücken können, daß die Deutschen in diesem Staate glücklich sein können, hier zu sein. Es ist noch mehr als Eitelkeit und Ueberhebung, wenn dieser Herr glaubt, daß die Tatsache, daß die Tschechoslowakei sich nicht in so trüben Verhältnissen befindet, wie im gegenwärtigen Augenblicke Deutschland, das alleinige Verdienst der Tschechen wäre. Wir dürfen doch nicht übersehen, daß es die Intelligenz aller Menschen, die besonders in Böhmen, Mähren und Schlesien wohnen — die Slowakei ist ja erst später hinzugekommen — zu verdanken ist, daß in diesen Ländern ein gewisser Reichtum vorhanden war. Daß es in diesen Ländern überdies sehr viel Bodenschätze gibt, das ist auch nicht auf das Verdienstkonto der Tschechen zu schreiben. Die arbeitenden und schaffenden Menschen waren es, die es zuwege gebracht haben, daß es vorwärts gegangen ist. Auch in diesen Ländern besteht nach dem Kriege eine große Staatsschuld: Wir sind im besondern belastet mit einem gewaltigen Militarismus, in vielen Fällen mit einer verropften und rückständigen Bürokratie und wir sind belastet mit dem Nationalismus. Wir sehen hier vor allem ein ganz gewaltiges Budget, einen Voranschlag, der durch eine ganz besonders schwere Belastung der Bevölkerung aufgebracht werden muß, im besondern der Konsumenten. Ich möchte darauf hinweisen, daß die

**Summe der indirekten Steuer auf den Kopf der Bevölkerung eine geradezu horrible**

ist, daß wir aber auch mit den direkten Steuern gerade genug gesegnet sind, wobei wir auch die Finanzzölle in dieses Kapitel einrechnen müssen. Das sagen wir aus dem Grunde, weil es eine ganz besondere Rolle spielt, wieviel jeder Einzelne im Staate zur Bestreitung der notwendigen Bedürfnisse des Staates aufbringen muß. Es ist das von besonderer Bedeutung für die Konkurrenzfähigkeit, für das Leben des Menschen im Staate selbst. Hier entscheidet nicht das Willen des Einzelnen, sondern hier ist schon von ganz besonderer Bedeutung, was die Staatsfiscalität über unterläßt. Wir können zunächst festhalten: Wir sehen

**eine Abwanderung der Maschinen, eine Abwanderung der Menschen aus dem Staate.**

Erinnern wir uns an die ungeheure Völkerverwanderung aus der Slowakei. Erinnern wir uns, daß der beste, intelligenteste Arbeiter fortwandert in fremde Länder; wir sehen auch eine verstärkte

Sebastian war starr. Kein Zweifel: eine Gardinenpredigt — aber eine Gardinenpredigt größten Stils! Eine logisch gegliederte, ethisch verklärte, sozialpolitisch verpackte, kulturgeschichtlich erweiterte, poetisch angehauchte Gardinenpredigt von tadelloser Kunst des Vortrages und ganz unabsehbarer Ausdehnung. Dem unglücklichen Sebastian sträubte sich das Haar zu Berge: ein furchterlicher Gedanke lag ihm auf. Er stürzte auf den geöffneten Reisefloß zu: er war leer. Mit rollenden Augen suchte Sebastian ringsumher die kostbare Willensschachtel . . .

Dort lag sie neben der Wasserflasche auf dem Nachtkästchen — geöffnet, leer!

Die Ästie knieten ihm zusammen. „Alle neun“ . . . so röhete er verzweiflungsvoll . . . „Alle neun hat sie“ . . . Stöhnend rang er nach einem parlamentarischen Ausdruck, und dann stieg er dumpf hervor:

„Alle neun hat sie gegessen!“ — —

Und Olga sprach noch immer. Um zwei Uhr hielt sie inne und trank ein Glas Wasser, und dann ging's von neuem an. Es wurde drei Uhr, es wurde sieben Uhr — und immer wieder schwall der Redestrom aus neue an — riesengroß!

Hoffnungslos wich Sebastian der Götterstärke. Staunend sah er die Wunderkraft seiner Eloquenzpillen in so verfehlter, unheilvoller Wirkung sich erschöpfen — bewundernd sah er zu, wie in der unheimlichen Erwartungslosigkeit dieses oratorischen Elementarereignisses das stolze Gebäude seiner staatsmännischen Zukunft langsam verproffelte . . .

# Der Fall des Präsidenten Bráseř.

## Die Spiritusaffäre im Senat. Das ungezogene Benehmen des Beamten Dr. Trmal. — Das sonderbare Verhalten des Senatspräsidenten Bráseř.

Die vorgestrige Sitzung des Senates, die auf 4 Uhr nachmittags angesetzt war, wurde endlich um halb 12 Uhr nachts eröffnet. Mehr als 7 Stunden hatten die Koalitionsparteien gebraucht, um zu einer Einigung zu kommen, da sie gewußt haben, daß Genosse Dr. Heller auf jeden Fall die Spiritusaffäre zur Sprache bringen werde. Es wurde offenbar beabsichtigt, dem Heller das Wort zu entziehen. Als sich nun Heller bei der Beratung des Gesetzes über die landwirtschaftlichen Bezirksvorschußklassen zu Wort meldete, übergab der Vizepräsident Dr. Soukup, der sich für dieses Geschäft wahrscheinlich für zu gut hielt, den Vorsitz dem Vizepräsidenten Raděkal, einem tschechischlerikal. Dieser ist ein sehr gutmütiger, harmloser, unbeholfener Herr, der ihm anvertrauten Aufgabe, die ihm selbst unangenehm schien, nicht gewachsen war.

So oft Genosse Heller das Wort „Spiritus“ oder Präseř in den Mund nahm, kürzte der Beamte Dr. Trmal zum Vizepräsidenten und küsterte ihm, mit Händen und Füßen gestikulierend, etwas ins Ohr, worauf pünktlich Raděkal aufstand und den Redner zur Sache rief.

Unsere Genossen protestierten in Zursen dagegen, daß ein Beamter des Hauses den Vorsitzenden beeinflusst, mit solcher Entschiedenheit, daß diesem die Lust verging, weiter zu „antieren“ und war er ruhig auf seinem Platz sitzen blieb. Nun war Raděkal hilflos und Genosse Heller konnte seine Rede ruhig zu Ende führen.

Höchst sonderbar war das Verhalten Präseřs und der tschechischen bürgerlichen Parteien. Nach Ansicht auch sehr vieler Mitglieder der Koalition hätte Herr Präseř im Ausschusse selbst die Kommission beantragen müssen. Daß er sich gegen diesen Antrag wehrte, gibt zu denken. Nicht minder zu denken gibt das Verhalten der tschechisch-bürgerlichen Parteien, die zusammen mit dem Deutschgelben Fahrner gleichfalls gegen die Einsetzung des Ausschusses auftraten. Einzige und allein die tschechischen Sozialdemokraten sprachen sich für die Einsetzung des Ausschusses aus, mußten jedoch unter dem Einfluß der Regierung und der Koalition zurückweichen, wobei hervorgehoben werden muß, daß sich die Mehrzahl der tschechischen Sozialdemokraten an der Abstimmung nicht beteiligte.

Nur, eine große, fast gleichbleibende Arbeitslosigkeit, seit mehr als zwei Jahren. Wenn auch in jüngster Zeit scheinbar eine Linderung der Krise eingetreten ist, so ist dies doch nur eine vorübergehende Besserung. Im großen und ganzen hat sich in der Wirtschaftskrise in diesem Staate nichts geändert.

Wir müssen die Frage aufwerfen, ob es unsere Politik ermöglicht hat, daß wir unsere exportfähigen Erzeugnisse nach andern Ländern exportieren können und da muß gesagt werden, daß unsere Wirtschaftspolitik vollständig eingestellt ist nach dem Westen, trotzdem das Absatzgebiet für uns unsere Nachbarländer bilden.

Wir haben bis heute noch keinen Handelsvertrag mit Rußland, was für uns einen ungeheuren Schaden bedeutet.

Die Methoden, die bisher in unserer Handelspolitik beobachtet werden, sind für die Zukunft nicht anwendbar. Es ist unbedingt notwendig, daß ehestens an den Abbau der Hoßschußzölle geschritten werde, denn durch diese wird unsere Exportmöglichkeit sehr schwer behindert. Vergleichlich muß das Bewilligungsverfahren abgeschafft werden und eine Ermäßigung aller den Handel behindernden Steuern und Gebühren plangreifen. So muß vor allem die Forderung nach der endlichen Vorlage des Zolltarifes erhoben werden. Auch die Einführung eines neuen Steuersystems und die Beseitigung der Paktwierigkeiten ist unausweichlich. Wir verlangen, daß in der Industrie auch der Einfluß der Angestellten und Arbeiter zur Geltung komme, also eine entsprechende Ausarbeitung des Betriebsauschussesgesetzes, Errichtung von Arbeiterkammern, die strenge Einhaltung des Achtstundentages, eine Reform der Bestimmungen über den Lehrlingslohn, sowie eine ausgiebigere Förderung der Bantätigkeit. (Lebhafte Beifall.)

Der tschechische Nationaldemokrat Botruba befaßt sich mit der gebundenen Wirtschaft und erwähnt, das Einzelne hiebei reich geworden seien.

Halen: Besonders die Nationaldemokraten!

Botruba (fortfahrend): Lieber Halen, Du hättest es auch nicht verschmäht, wie ich Dich kenne! (Lebhafte Heiterkeit.)

Füßli (Klub der mog. Kleinbauern) hat zur Regierung nicht Vertrauen, weil sie die Leute zum Narren hält. Wegen dieses Ausdrucks

Die Parlamentskorrespondenz verbreitet nun eine Rundgebung der koalitierten Parteien, welche die Abstimmung gegen den Antrag Dr. Heller auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission in der Hauptsache damit begründete, die Erklärung Präseřs genüge und überdies werde das gerichtliche Verfahren Aufklärung bringen. Diese Rundgebung kann nicht befriedigen. Denn Präseřs Erklärung, der doch in dieser Sache selbst der Beschuldigte ist, kann keine Klarheit schaffen und das gerichtliche Verfahren kann bei der bekannten Abhängigkeit der Staatsanwaltschaften vom Justizministerium ebenfalls nicht beruhigend wirken. Allein eine parlamentarische Untersuchungskommission, in der auch die Mitglieder der Opposition aktiv mitarbeiten können, könnte vollständige Klarheit schaffen.

Die tschechischen Sozialdemokraten und die Spiritusaffäre. Das gestrige Nachmittagsblatt des „Pravo Lidu“ kommt auf die vorgestrigen Vorgänge im Senate zurück und teilt Einzelheiten aus der Sitzung des Klubs der tschechischen sozialdemokratischen Senatoren mit, welche der Hausführung voranging. Die Debatte über die Spiritusaffäre dauerte mehrere Stunden. Es wurde im Klub konstatiert, daß es sich um eine Sache handelt, welche den Senat in erster Linie angehe, und daß man absolut nicht zu den Dingen schweigen könne. Der Kampf gegen die Korruption muß ohne Rücksicht auf Personen und mit allen gesetzlichen Mitteln geführt werden. Der Klub wird darauf beharren, daß die gerichtliche Ausragung der Angelegenheit keine Verzögerung erleide, damit die wirklichen Schuldigen in dieser Frage bestraft werden. An der Erklärung des Präsidenten Präseř wird ausgeführt, daß Präseř dem Kern der Fragen ausgewichen ist, ob es nämlich mit der Stellung eines Vorsitzenden des Senates zu vereinbaren ist, gleichzeitig der Vorsitzende des Verbandes der Spiritusgenossenschaften zu sein und in dieser Funktion Millionen aus einem Propagandafonds auszugeben. Ueber die Rede des Genossen Dr. Heller sagt das „Pravo Lidu“, daß sie gemäßig und sachlich war, und daß der Vorsitzende Raděkal überflüssigerweise und ohne Grund den Redner jedesmal zur Ordnung gerufen habe, wenn dieser das Wort „Spiritus“ aus sprach.

wird er vom Vizepräsidenten Botto zur Ordnung gerufen.

Bergmann (tschech. Nationalsoz.) befaßt sich mit den Verhältnissen in der Slowakei: unter ständigem Lärm und Widerpruch der Slowakischlerikalen. Hierbei erhält der Minister Buda einen Ordnungsruf.

Mittel (Bund der Landwirte) sagt, daß das herrschende Steuerystem den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspricht und verlangt die volle Einlösung der Kriegsanleihe. Diese Frage sei keine nationale, sondern eine rein wirtschaftliche.

Tomanel (slowakische Volkspartei) erklärt, daß in der Slowakei jene „staatsbildend“ seien, welche die Hand nach Geld ausgestreckt halten und „staatsfeindlich“ jene, die Steuern zahlen.

Křiz (tschech. Soz. Dem.) sagt, daß das privatrechtliche System Orgien feiert, der Stärkere bedrückt den Schwächeren, es ist Aufgabe des Sozialismus, solche Affären wie die Spiritusaffäre zu vermeiden. Für die Dringlichkeitsinterpellation Mikulíšek werde keine Partei nicht stimmen, da die Spiritusaffäre in allen ihren Konsequenzen aufgeklärt werden muß. Die tschechische Sozialdemokratie beharrt darauf, daß die gerichtliche Untersuchung mit unerbittlicher Strenge durchgeführt werde. Der Standpunkt der Partei ist also klar und eine besondere Debatte erachtet sich für überflüssig, sie wird daher gegen die Dringlichkeitsinterpellation Mikulíšek stimmen.

Mayer (Deutschnat.) verlangt die endliche Einlösung der Kriegsanleihe und spricht sich gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer aus.

Stodola (tschech. Agrarier) befaßt sich mit dem Stand der slowakischen Eisenbahnen. Der letzte Redner ist der deutsche Gewerdeparteiler Stenzl, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

## Inland.

Mährische Opposition in der tschechischen Agrarpartei. Am Sonntag fand in Olmütz eine Konferenz von Vertrauensmännern der tschechischen Agrarpartei in Mähren statt, an der 54 Delegierte teilnahmen. Die Verhandlungen dieser Tagung waren sehr bewegt und es wurde einstimmig beschlossen, zum Ministerpräsidenten eine Deputation zu entsenden, welche ihm namens der mährischen Parteiglieder gewisse Forderungen vorlegen wird. Wenn diese Forderungen nicht bewilligt werden, wird die mährische Opposition der Partei zur Gründung einer eigenen mährischen Agrarpartei schreiten.



# Die Leiden der Sozialdemokraten in Rußland.

Die sozialdemokratischen Arbeiter aus den Betrieben hinausgeworfen. — Massenverhaftungen. — Die Hölle auf den Solowjecki-Inseln. — „Kaltblütig zu Tode gemartert!“ — Ein Appell an die internationale Solidarität.

Die russische Sozialdemokratie (Menschewiki) hat an das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiterinternationale einen Bericht gesandt, in dem zunächst die Zustimmung zu den Hamburger Beschlüssen mitgeteilt und sodann erzählt wird:

Die Taten der kapitalistischen Reaktion in Europa verblaffen vor dem Regime im Sowjetrußland. Der westeuropäische Arbeiter kann sich von der Lage der Sozialdemokratie in Rußland kaum eine Vorstellung machen. Der Menschewismus ist als „die größte Gefahr für die kommunistische Partei Rußlands“ erklärt worden. Alle Personen, die mit der Sozialdemokratie irgendwie in Berührung stehen, sind aus allen Betrieben, Institutionen und Verbänden hinausgeworfen worden. In den Gewerkschaften und in den Betrieben herrscht eine Atmosphäre des schlimmsten moralischen Drucks und der Spionage. Für jedes freie Wort droht Verhaftung und Entlassung. Die Sozialisten stehen außerhalb des Gesetzes. Sie sind in Wirklichkeit aller persönlichen und bürgerlichen Rechte beraubt, sie werden ausgerottet.

In den letzten Monaten haben in Duzenden von Städten Massenverhaftungen stattgefunden. In Moskau wurden ca. 1000, in Odessa über 200, in Kowno 70, in anderen Städten ebenso viele Personen verhaftet. Es werden nicht nur diejenigen verhaftet, die als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei gelten, auch ihre Angehörigen und Bekannten verfallen demselben Schicksal. Leute werden auf der Straße, in ihren Wohnungen, Dienststellen, sowie in speziellen Hinterhalten verhaftet. Die der Parteizugehörigkeit verdächtigen Personen werden fortgesetzt von Spitzeln verfolgt, die in ungeheurer Anzahl vorhanden sind.

Die verhafteten Genossen sowie alle Personen, die aus diesem oder jenem Anlaß verhaftet sind, werden in äußerst schlechten Verhältnissen, oft unter einem unmenschlichen Regime in den Kerker gefangen gehalten. Unter dem Vorwand der Interessen der „Voruntersuchung“ werden die Gefangenen des Rechtes auf Empfang von Besuchern beraubt, und so völlig von der Umwelt isoliert. Vor dem Abtransport in die Verbannung oder in ein Konzentrationslager gibt man den Gefangenen oft nicht einmal die Möglichkeit, sich von ihren Angehörigen zu verabschieden und sich mit den notwendigsten Gegenständen zu versehen. Im Butyrki-Gefängnis sind weibliche politische Gefangene mißhandelt worden. Die Hungerstreiks in den Gefängnissen sind eine alltägliche Erscheinung.

Jeden Freitag geht aus Moskau ein Gefangenentransport nach der neuen „sozialistischen“ Katorga ab — früher in Perminksk (140 Kilometer von Archangelsk) jetzt auf den Solowjecki-Inseln —. Jünglinge und Greise, Männer und Frauen, Studenten und Arbeiter, werden nach diesen Eiswüsten am Weißen Meer verbannt, durch einen Fieberstreifen für lange Jahre aus dem Leben herausgerissen. Nicht nur die, die unter der Anklage der aktiven Tätigkeit für die sozialistische Partei stehen, werden in diese

Kasematten am Polarkreis gesperrt, auch diejenigen, die der geringsten Mitwirkung verdächtig sind, ja selbst Frauen, die beschuldigt werden, dem verfolgten Gatten Zuflucht gewährt zu haben, verfallen demselben Schicksal. Gleichzeitig werden politische Gefangene nach Sibirien, Turkestan, Norim, Turuchansk, verbannt. Alle Verbannungsorte des Zarismus, selbst die schlimmsten, sind wiederhergestellt worden. Aber nicht genug damit. Der Kampf der bolschewistischen Regierung gegen die Sozialdemokratie hat bereits die Form der planmäßigen physischen Vernichtung angenommen, die der Zugehörigkeit oder der Förderung der Partei verdächtig sind. Das berüchtigte Konzentrationslager in Perminksk schien den kommunistischen Machthabern nicht großartig genug zu sein. Jetzt dienen die wüsten Solowjecki-Inseln als Grab für alle, die gewagt haben, in der Republik der Sklaven und politischen Toten zu kämpfen. Die Solowjecki-Inseln sind das letzte Wort der kommunistischen Bestialität. Es kommen immer neue Mitteilungen über die Schrecknisse dieser neuen Katorga, die im Winter acht bis neun Monate vollständig von der ganzen Welt abgeschnitten ist, wo die gefangenen Sozialisten zu Tode gequält werden, über die Schrecknisse des Transportes, über die fortgesetzten Verhöhnungen, über die hoffnungslosen Hungerstreiks, über die Verzweiflungskämpfe der zum Tode Entschlossenen. Der Dessenlichkeit wird kein Wort davon mitgeteilt. Keine Zeile in der offiziellen Presse (eine andere gibt es nicht) gibt davon Kunde. Der Denker arbeitet im Dunkeln.

Der Augenblick ist gekommen, wo wir zur Rettung des Lebens unserer Genossen vor der ganzen Welt laut verkündung müssen, daß in dem vergewaltigten Rußland Sozialisten kaltblütig zu Tode gemartert werden. Sie werden zum langsamen Sterben in den Kasematten am Polarkreis, zum tragischen Tode durch Hungerstreiks oder Krankheiten verurteilt. Die Grausamkeit der wahnsinnigen Regierung überschreitet alle Grenzen.

Wir wenden uns an alle Arbeiter Europas und Amerikas, an alle, die noch nicht ihr menschliches Gefühl eingebüßt haben. Protestiert gegen die Ausrottung der Sozialisten in Rußland. Protestiert gegen die Politik der Solowjecki-Inseln und der Massenmassakres. Rettet das Leben der Gefangenen, die in Solowki, Norim und Perminksk zugrunde gehen. Fordert die allgemeine Amnestie für die Sozialisten!

Arbeiter! Wir wenden uns auch Euch! In Eucm Namen werden diese unerhörten Verbrechen begangen. In jeden Kommunisten, der zu Euch kommt, stellt die Frage über die Verbrechen der Sowjetregierung an den russischen Sozialisten. Vor dem Anlaß des internationalen Proletariats erheben wir schärfsten Protest gegen den unerhörten Terror der bolschewistischen Regierung. Mögen die Arbeiter der ganzen Welt wissen, was in Sowjetrußland vor sich geht. Mögen sie ihre Stimme erheben, um die Verfolgungen der Sozialisten zu brandmarken, und diejenigen zu verurteilen, die in Kerker und Verbannungsorten Sowjetrußlands zugrunde gehen.

den Jahre 1918 wenigstens hierzulande von derlei durchaus nicht republikanisch anmutenden Gräuereien verschont bleiben würden. Und nun finden wir auf einmal den Gruß an Alle in der Gedenkfeier des tschechoslowakischen Freistaates wieder, ausgerechnet an der Spitze und innerhalb des Textes eines Handelsvertrags. Früher hieß es: „An meine Völker!“ — jetzt, nach der demokratisch-republikanischen Salbung, heißt es: „An meine Leser!“ Der Zensur würde es uns sicherlich übernehmen, wenn wir diese Feiertagsfeier durch ein Wort störten.

**Unerhörte Provokation der Arbeiterschaft durch einen städtischen Beamten in Komotau.** Unser Komotauer Bruderblatt meldet: Am Montag starb im Komotauer Bezirkskrankenhaus der Genosse Guth. Da Guth keine Angehörigen in Komotau hatte, übernahm der Metallarbeiterverband die Beerdigung. Dienstaags vormittags rief nun das städtische Gesundheitsamt die Komotauer Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes an. Am Telefon meldete sich der Heilgehilfe Kunz. Im Metallarbeitersekretariat meldete sich der Sekretär Genosse Stanel. Er wurde vom Herrn Kunz gefragt, welcher Konfession Genosse Guth angehört habe. Stanel gab zur Antwort, Guth war ein Freidenker und dürfte Konfessionslos gewesen sein. Auf das hin erwiderte Herr Kunz, Guth sei bei der Krankenhausverwaltung als römisch-katholisch gemeldet worden und erlaube sich folgende ungeheuerliche Bemerkung: „Das Schwein hat die Krankenhausverwaltung angelogen und hätte nicht sterben sollen, sondern man hätte es erschlagen müssen.“ Genosse Stanel verwies sich sofort gegen diesen Auspruch und Genosse Stadler hat dann beim Bürgermeister Dr. Storch persönlich interveniert und hat die Einleitung einer Disziplinäruntersuchung gegen Kunz verlangt. Unsere Genossen in der Komotauer Stadt-

vertretung werden natürlich darauf dringen, daß ein solcher roher Geselle, der einen toten Proletarier in so unfähiger Weise zu beschimpfen wagte, ehestens aus dem Dienste, in dem er auch von Arbeiterkreuzern bezahlt wird, verschwindet!

**Fünf Jahre nach dem Weltkrieg!** Ein Prager Genosse schreibt uns: Sonntags war ich im Bio Veselba, wo die heurigen Herbstmanöver im Film dargestellt werden. Neben unserem Herrn Landesverteidigungsminister und verschiedenen fremden Größen belam man ein komplettes Kriegsbild zu sehen, vom kleinsten bis zum größten mörderischen Geschütz, Aeroplane, Gasangriffe, Tanks usw. Regelmäßige Angriffe bis zum Trommelfeuer, wurden vorgeführt; und es gab wirklich regelrechte Verwundete, die unter edelmütiger Hilfe des Roten Kreuzes weiter befördert wurden. Das Publikum, das zum größten Teil aus Arbeitern und Kleinbürgern bestand, rief „Herzlich!“ (bajecne). So geschahen, fünf Jahre nach dem Weltkrieg. Der Film ist Kindern zugänglich.

**Reine nächtlichen Schwurgerichtssitzungen mehr!** Das Justizministerium hat nach einer Meldung des deutschgeschriebenen Regierungsblattes dieser Tage an die Gerichte einen Erlass herausgegeben, in dem angeordnet wird, mit Rücksicht auf die Ermüdung der Richter, des Angeklagten und sämtlicher bei einem Prozesse beteiligten Personen die Schwurgerichtssitzungen nicht in die Nachtstunden zu verlängern. Der angeführte Erlass trägt mehr den Charakter eines Winkes und enthält keineswegs die Bestimmung, daß die Sitzung der Schwurgerichte auf acht Stunden täglich beschränkt wird. Der Grund zur Herausgabe des Erlasses bildete die Erfahrung, daß Schwurgerichtssitzungen in der Regel spät in die Nacht gedauert haben.

**Großer Fortschritt in der drahtlosen Telephonie zwischen England und Amerika.** Aus London wird vom 27. d. M. gemeldet: In der drahtlosen Telephonie zwischen den Vereinigten Staaten und England ist ein bedeutender Fortschritt erzielt worden. Eine von der New Yorker Station um 10 Uhr nachts (nach englischer Zeit 3 Uhr morgens) abgegebene Rede wurde von zahlreichen Zuhörern in London und am Lande angehört. Wie die offizielle Sende-Gesellschaft verlaublich, war die vom Präsidenten der General Electric Company in New York gehaltene Rede trotz atmosphärischer Störungen sehr gut zu hören. Morgen zeitlich früh wird die englische Sende-Gesellschaft nach Amerika telephonieren und hofft, daß eine permanente radiotelephonische Verbindung über den Atlantischen Ozean, welche von Sachverständigen als vollkommen möglich angesehen wird, eingeführt werden wird.

**Tschchoslowakeiüber.** Nach den Aufzeichnungen des Statistischen Staatsamtes wurden im September d. J. in Böhmen 685 Personen, in Mähren 34 Personen, in Südböhmen 34 Personen, in der Slowakei 1071 Personen und in Karpatenrußland 29 Personen, zusammen in der ganzen Republik für 2159 Personen Auswanderungspässe ausgestellt. In diesen Zahlen sind die Berichte von 24 Bezirken, die bisher nicht eingelaugt sind, nicht enthalten. Von den mit Pässen versehenen Personen sind ausgewandert: nach Ungarn 453 Personen, nach Frankreich 446, nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika 414, nach Argentinien 198, nach Österreich 186, nach Kanada 115, nach dem Verband der Sowjet-Republik 77, nach Rumänien 73, nach Jugoslawien 67, nach Deutschland 34, nach Polen 12, nach Italien zehn, nach sonstigen Staaten 63 und ohne Angabe des Reisezieles elf Personen.

**Teilweise Aufhebung des Neben Grenzverkehrs nach Sachsen.** Am 25. November wurde von der politischen Bezirksverwaltung in Reichenberg die Ausgabe der Tagesausweise für Ausflügler bei der Grenzkontrolle in Grottau eingestellt. Vom selben Tage an werden auch die von den sächsischen Behörden ausgestellten Tagesausweise nicht als ein genügender Ausweis zum Überschreiten der Staatsgrenze angesehen.

**Immer wieder Unfallschicksale!** Dienstag um 5 Uhr 50 Min. morgens fuhr der Lastzug Nr. 9608 in der Station Wittau (Mähren) auf ein unrichtiges, von Waggon besetztes Geleise. Durch den Anprall wurden einige Waggon beschädigt und entgleisten, wodurch das Einfahrtsgeleise der Lokalbahn Stutz-Wittau verlegt wurde. Der Personenverkehr ist nicht unterbrochen worden. Verletzt wurde niemand, die Ursache des Unfalls wird untersucht.

**Tödlicher Unfall.** Der Wagen des Fleischhauers Bechta, auf dem sich Bechta und der Kutscher Stadler befanden, fuhr, da der Bahnstranzen nicht geschlossen, dieser Tage im dichten Nebel über das Bahngelände in Kroat bei Neubühnow. Stadler und Bechta schliefen auf dem Rücksitze. In dem Moment, als der Wagen das Bahngelände überfuhr, kam ein Lastzug heran und stieß in die Mitte des Wagens. Die Folgen des Zusammenstoßes waren furchtlich. Bechta und Stadler, sowie acht Schweine und eines der Pferde wurden getötet. Der Eisenbahnwächter, zufälligerweise ein Schwager des getöteten Stadler, wurde verhaftet.

**Turkifandal in Bukarest.** Samstag nachmittags kam es auf dem Rennplatz Florasca in Bukarest zu einem Turkifandal. Favorit des Cargillpreises war das Pferd Australasia, das stark gewettet wurde. Der Jockey Mac Intyre hielt aber Australasia vom Siege zurück, so daß das Pferd unplatziert einkam. Das Publikum stürmte den Rennplatz, stürzte sich auf den Jockey und schlug ihn halbtot, ohne daß ihn die Polizei befreien konnte.

**Tragischer Tod.** Auf einer Kaninchenjagd in Stanfowik bei Saaz hatte der Golschänder

Martin seinen Hund als Wächter vor seinem geladenen Gewehr zurückgelassen. Einer der Jagdteilnehmer, der 18jährige Karl Voigt aus Stanfowik, versuchte scherzweise, dem Hund das Gewehr wegzunehmen, was ihm auch gelang. Plötzlich sprang jedoch der Hund an Voigt empor und berührte mit seiner Pfote den Abzug. Das Gewehr entzünd sich und die Schrotladung drang dem Voigt in die Brust, den linken Arm und in den Hals; der tödlich getroffene junge Mann verschied binnen wenigen Augenblicken. Die gerichtliche Obduktion ergab vollständige Zerreißung des Herzens und der Lungen.

**Von glühendem Koks überschüttet und verbrannt.** Der Koffer Johann Barnot wurde am Sonntag abends in der Larischen Kofferei in Karmín von glühendem Koks, der aus dem Kofherd herausgeschleudert wurde, überschüttet und verbrannt.

## Prager Chronik.

Aus dem Polizeibericht.

Wegen den Kutscher Fr. Břichoda aus Katošimantal, der Dienstag für die Firma Ernek eine Kupferrohrladung durch die Hibernergasse führte, wurde die Strafanzeige wegen Tierquälerei erstattet, weil er die Pferde, die wegen Mattigkeit die schwere Ladung nicht vorwärts bringen konnten, mit einem Eisenstab in die Weichen schlug.

## Gerichtssaal.

Nach dem Schutzgesetz verurteilt.

Ein Straffenat des Reichenberger Kreisgerichts verurteilte am Montag den kommunistischen Sekretär Gustav Bauer als verantwortlichen Redakteur des „Brotwärts“ auf Grund der §§ 15, 2 und 3 des Schutzgesetzes und wegen Vernachlässigung der pflichtgemäßen Censur bei der Aufnahme eines Artikels zu drei Monaten schweren Kerker. Welch' herliche Institution ist doch dieses Schutzgesetz! Mit seiner Hilfe wird die tschechoslowakische Justiz der „schwersten Verbrecher“ Herr.

## Wirtschaft und Sozialpolitik.

Arbeitslose fallen auf der Straße um!

Die Schikanierung der Arbeitslosen im Elbogener Bezirke ist schon so weit gediehen, daß die armen Teufel von Arbeitslosen ihre Gesundheit und auch eventuell ihr Leben für die wenigen Heller Arbeitslosenunterstützung lassen müssen. Im vorigen Winter war es der dortigen sozialdemokratischen Bezirksorganisation noch möglich, wenigstens zu erreichen, daß die Arbeitslosenunterstützung für den südlichen Teil in der Stadt Schlagenwald, für den nördlichen in der Stadt Chodan zur Auszahlung gelangte, was jedoch das Ministerium für Finanzen unseren Abgeordneten, die deswegen interpellierten, für den heurigen Winter rundweg abschlug. Nicht genug davon, müssen jetzt die Arbeitslosen, die sich bisher zweimal wöchentlich bei ihrer Wohngemeinde melden konnten, zu dieser Kontrolle alle in die Bezirksstadt kommen. Diese Erleichterung wurde ganz einfach vom Ministerium für soziale Fürsorge ohne jedwede Begründung und ohne daß es hier rechtlich zulässig ist, aufgehoben. Da nun das Gebiet des Bezirkes Elbogen auf der einen Seite eine Ausdehnung von annähernd 30 Kilometern hat, so haben diese Arbeitslosen, die im nördlichen und südlichen Teile wohnen, einen Weg von drei bis vier Stunden zurückzulegen, bevor sie die Bezirksstadt Elbogen erreichen. Sowohl die Auszahlungsräume als auch die Kasse zur Kontrolle sind ganz ungeeignet, weshalb die armen Arbeitslosen hungernd und frierend vier, fünf und auch oft noch mehr Stunden bei jeder Witterung auf der Straße stehen müssen. Wenn man nun bedenkt, daß ein Arbeitsloser, der keinen anständigen Schuh zum Anziehen hat (mitunter kommen die Leute und haben die Schuhe mit Spagat zusammengebunden), hungernd und frierend stundenlang auf dem Elbogener Marktplatz stehen und dann neuerlich einen weiten Marsch nach seiner Wohnstätte zurücklegen soll, so wird man zu der Ueberzeugung kommen, was dieses Verlangen für die Arbeitslosen bedeutet. Trotz der Vorstellungen der Elbogener Bezirksorganisation wurde dieser Uebelstand bis zur Stunde nicht beseitigt, obzwar sich die Bezirksverwaltungs-Kommission bereit erklärte, alle Kosten, die aus der Kontrolle und aus der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung, wenn sie außerhalb der Bezirksstadt eingerichtet wird, entstehen, zu übernehmen. Die zuständigen Ministerien finden es eben für zweckmäßiger, die Arbeitslosen zu schikanieren.

Am Montag, als nun die Arbeitslosen zur Kontrolle erschienen, und wieder stundenlang warten mußten, brachen zwei Arbeitslose vor Kälte und Erschöpfung vor der Meldestelle zusammen und mußten weggetragen werden. Also ist es so weit gekommen, daß die Arbeitslosen wegen dieser ganz ungenügenden Unterstützung ihr Leben und ihre Gesundheit zu Markte tragen müssen.

**Die deutsche Währungsreform.** Der deutsche Reichswährungskommissar Dr. Schädel machte dem W. L. B. folgende Mitteilungen: Die Einführung der Rentenmark mußte mit dem 15. November erfolgen, weil mit demselben Augenblicke die Kreditanspruchnahme des Reiches bei der Reichsbank aufzuhören hatte. Um die Renten-

## Tages-Neuigkeiten.

### Der Spiritus.

O Spiritus, o Spiritus, Du höllischer Dämon! Du duftest stark, es riecht nach dir Die Koalition.

Der Spiritus, der Spiritus, Hat diese schon verführt, Vielleicht wird später auch damit Herr Präsel präpariert.

Der Spiritus, der Spiritus, Freit manchen Wertschensohn, Der Spiritus, der heißt sogar Die Koalition.

Einl.

**Im Namen Seiner Majestät!** Die Sammlung der Gesetze und Verordnungen enthält in ihrer Ausgabe vom 21. November 1933 den Handelsvertrag zwischen der Tschechoslowakei und der Republik Lettland. Zwischen dem Titel des Vertrages und seinem Wortlaut steht über die ganze Breitseite mit riesigen Lettern folgendes:

Im Namen der Tschechoslowakischen Republik!  
**Tomáš G. Masaryk,**  
Präsident der Tschechoslowakischen Republik,  
entbietet allen,  
die dieses Blatt lesen oder vorgelesen erhalten werden,  
seinen Gruß.

Was dieser Gruß Masaryks im Texte eines Handelsvertrages vorstellen soll, ist unerfindlich. Es steht zwar noch in unserer Erinnerung, wie der letzte Wilhelm und der Jar aller Reußen einander Grüße „von Meer zu Meer, von Land zu Land“ entboten, aber wir dachten, daß wir seit



mark zu einem möglichst gleichmäßigen Umtausch-  
 furs gegen Papiermark abzugeben, war es erfor-  
 derlich, den Berliner Dollarkurs in möglichst kurzer  
 Frist der Wertparität näher zu bringen. Die  
 Rentenmarkabgabe erfolgte durch Auszahlung von  
 Löhnen und Gehältern in diesem Zahlungsmittel,  
 um die den Konsumenten und den Kreisen des  
 Nahrungsmittelhandels sowie den ländlichen Ge-  
 nossenschaften mit Getreideeinkäufen zuzuleiten.  
 In zwei bis drei Wochen wird ein für die Be-  
 wältigung des derzeitigen Zahlungsmittelverkehrs  
 ausreichender Betrag in Rentenmark in Ver-  
 kehr gebracht sein. In gleichem Tempo wird  
 sich der Betrag des Notenumlaufes und der  
 Girogelder der Reichsbank vermindern. Da  
 zur Zeit der Kreditweg noch nicht offen steht,  
 kann die Rentenmark keines der Wirtschaft nur gegen  
 Eingabe von Papiermark oder Giroguthaben er-  
 worden werden. Mit dem Einbringen der Ren-  
 tenmark in den Verkehr ergibt sich die Papier-  
 markknappheit. Um der fortgeschrittenen Papiermark-  
 entwertung mit Sicherheit entgegenzuwirken, muß  
 die Reichsbank jede neue Papiermarkinfektion zu  
 verhüten suchen. Gewisse Gefahren drohen in  
 dieser Beziehung aber vom Notgeld. Soweit die-  
 ses Notgeld mit Deckung durch entsprechende  
 Markguthaben ausgegeben ist, wird die Umwand-  
 lung dieser Reichsbanknoten und der damit erfol-  
 gende Umtausch des Notgeldes keine neue Infla-  
 tion bedeuten. Die Reichsbank kann aber unmög-  
 lich die Einlösung oder Gültigkeit von ungedeck-  
 tem Notgeld vorsehen. Die zunehmende Ver-  
 knappung der Reichsmark kann auf den Devisen-  
 markt nicht ohne Einfluß bleiben. Hierüber wer-  
 den die nächsten Tage nur einige Klarheit brin-  
 gen. In jedem Falle wird ein gewisses Gefühl  
 der Verunsicherung plagarbeiten darüber, daß die  
 Währungsreform einen stetigen und klar vorge-  
 zeichneten Weg geht. Ob und in welcher Weise  
 die Reichsmark in einem gegebenen Zeitpunkt zu  
 einem anderen Zahlungsmittel oder Wertpapier  
 in ein festes Verhältnis zu bringen sein wird, da-  
 über kann erst entschieden werden, wenn die Ent-  
 wicklung weiter vorgeschritten sein wird. Gegen-  
 wärtig liegt keine Veranlassung vor, den Charak-  
 ter der Reichsmark als geschäftliches Zahlungsmittel  
 zu ändern, während gleichzeitig die Renten-  
 mark in ihrer starken golddepositarischen Fundie-  
 rung als innerwirtschaftliches Zahlungsmittel bis  
 zur endgültigen Lösung des deutschen Währungs-  
 problems ihre Bedeutung behalten wird. Inzwi-  
 schen werden die Bemühungen um Errichtung  
 einer Goldkreditbank zur Beschaffung von Gold-  
 kredit fortgesetzt.

**Westböhmische Kreidgenossenschaft Eger.** In der  
 unter diesem Titel erscheinenden Notiz soll es natür-  
 lich heißen, daß die genannte Genossenschaft 25.000  
 Personen (und nicht wie es hieß ebensoviele  
 Gruppen) mit den notwendigen Lebensmitteln und  
 Bedarfsartikeln zu versehen hat.

**Devisenkurse.**

Die tschechische Krone notiert in:

Jülich	Schw. Krant	16.6375
Berlin	Markt	122.000.000.000'00
Wien	Herr. Krone	2070'00

**Prager Kurse am 28. November.**

100 holl. Gulden	1320,00	1333,00
1 Billion Mark	6,2	8,47 1/2
100 österr. Krone	100,25	101,75
100 schwed. Krone	603,75	609,25
1 Pfund Sterling	151,00/00	152,50/00
100 Lire	151,25/00	151,75/00
1 Dollar	4,90/00	5,00/00
100 franz. Francs	187,25/00	188,50/00
100 Dinar	39,45/00	39,95/00
100 magar. Kronen	17,30/00	19,30/00
100 russ. Rubl.	0,12 1/2	0,16 1/2
100 österr. Kronen	4,8/00	5,10/00

**Vater Goriot.**

Von Honoré de Balzac.

„Wenn er ein Wüstling wäre, meine Tochter,  
 so wäre ihm der Wein so gut wie den an-  
 deren bekommen. Sein Mausch spricht für ihn.“  
 Ein Wagen hielt vor der Tür.

„Mama,“ sagte das junge Mädchen, „das  
 muß Herr Vautrin sein. Nehmen Sie sich Herrn  
 Eugens an. In dieser Lage möchte ich nicht von  
 dem Mann gesehen werden, er hat Ausdrücke,  
 die die Seele befeuern, und Blide, als wenn er  
 einer Frau die Kleider vom Leibe zöge.“

„Nein,“ sagte Frau Couture, „du irrst dich.  
 Herr Vautrin ist ein hochanständiger Mensch,  
 er gleicht meinem verstorbenen Mann, er ist  
 bräut, aber gut, ein eigenwilliger Mann mit  
 goldenem Herzen.“

In diesem Augenblick kam Vautrin leise  
 hinein und betrachtete die beiden jungen Men-  
 schen, die das Lampenlicht zu umschmei-  
 deln schienen.

„Oh,“ sagte er, die Arme kreuzend, „dieses  
 Bild hätte den guten Bernardin de Saint-  
 Pierre, den Verfasser von Paul und Virginie,  
 zu einigen schönen Seiten begünstigt. Es ist doch  
 etwas Schönes um die Jugend, Frau Couture.  
 Schlafe, armes Kind,“ sagte er mit einem Blick  
 auf Eugén, „den Seinen gibst du der Herr im  
 Schlaf. Wissen Sie auch,“ fügte er hinzu, sich an  
 die Witwe wendend, „was mich an diesen jungen  
 Menschen fesselt und immer wieder ergreift:  
 die Schönheit seiner Seele entspricht der Schön-  
 heit seines Gesichtes. Ist es nicht ein Cherubin,  
 der gegen die Schulter eines Engels lehnt? Er  
 verdient geliebt zu werden! Wenn ich eine Frau  
 wäre, ich könnte für ihn sterben, aber lieber noch  
 würde ich für ihn leben! Wenn ich die beiden so

**Kunst und Wissen.**

Führer durch die Auffiger Arbeiter-Symphonie-  
 konzerte 1923/1924. Aufrichtige Freude muß das Herz  
 jedes wahren Musikers und Volkshreundes erfüllen,  
 der die vom Kreisbildungsausschusse der deut-  
 schen sozialdemokratischen Arbeiterpartei herausge-  
 gebene Programm-Uebersicht der Auffiger Arbeiter-  
 Symphoniekonzerte für das Jahr 1923/1924 zur  
 Hand nimmt. Dieses in Form eines geschmackvoll  
 ausgestatteten Heftes verfaßte Generalprogramm mit  
 den detaillierten Vortragsordnungen der sechs zur  
 Ausführung gelangenden Konzerte ist muster-  
 gültig. Nicht nur, daß der Arbeiter aus dieser Schrift in  
 populärer und dabei doch erschöpfend sachlicher Weise  
 alles erfährt, was er über die aufgeführten Werke  
 und ihre Schöpfer wissen möchte, sondern er erhält  
 zu dem unglaublich billigen Preise von zwei Kronen  
 auch gleich die Programme und Erläuterungen für  
 alle sechs Konzerte auf einmal; die musikbiographi-  
 schen Angaben sowie die ausgezeichneten einführenden  
 Abhandlungen über die einzelnen Aufführungs-  
 werke des Programmheftes oder machen es zu einem  
 wertvollen bleibenden Besitz und Muskbildungsheft  
 für ihn. Die schriftlichen Erläuterungen des Pro-  
 gramm-Uebersicht stammen aus der Feder des Wie-  
 ner Neutons Dr. Paul Amadens Pözl, der auch  
 die goldenen Worte des Beileitartikels „Der Arbeiter  
 und die Musik“ schrieb. Ueber die Konzertprogramme  
 selbst ist zu sagen, daß sie nur hervorragende Werke  
 der symphonischen Musikliteratur verstehen und auch  
 für ihre Interpretation nur anerkannte Meister  
 des Talentes versprechen. So dürfte sich in diesen  
 Konzerten Goethes Wort erfüllen, daß für die Bil-  
 dung des Volkes das Beste gerade gut genug ist.

**Eröffnung der „Kleinen Bühne“.** Die „Kleine  
 Bühne“ im Dreieckhaus wird nach ihrem Umbau,  
 durch den Prag um ein modernes, kleines Theater  
 bereichert wurde kommenden Samstag, den  
 1. Dezember durch eine öffentliche Generalprobe  
 eröffnet werden. Der Abend wird durch Ver-  
 trühungsworte, gesprochen von Direktor Leopold  
 Kramer, und durch die Oubertüre zu „Figaros  
 Hochzeit“, dirigiert von Alexander Jeminsky, ein-  
 geleitet werden. Sodann gelangt Komedies vieraktiges  
 Lustspiel „Die deutschen Klei-  
 nstädter“ zur Aufführung. Die für Sonntag abend  
 angelegte erste Vorstellung bringt daselbe Pro-  
 gramm. Für die öffentliche Generalprobe und für  
 die erste Vorstellung gelten Eintrittspreise, nämlich  
 Parterre-Sitze 50 K., Balkon-Sitze 25 K. Kartener-  
 kauf an der Tageskasse.

**Spielplan des Neuen Theaters.** Heute Donner-  
 stag Gastspiel Konstantin-Naimundtheater „Pa-  
 sching“; Freitag Gastspiel Konstantin-Naimund-  
 theater „Die Sache Matropulos“; Samstag  
 „Der letzte Walzer“; Sonntag „Madame  
 Pompadour“.

**Arbeiterdarstellung „Mignon“.** Sonntag, den 2.  
 Dezember dritte Arbeiterdarstellung „Mignon“  
 im Neuen Deutschen Theater, halb 3 Uhr. Bedeu-  
 tend ermäßigte Preise. Kartenerkauf täglich bei  
 Epifaner Genossen Deutsch, Graben 25, Kleiner  
 Bazar.

**Aus der Partei.**

**Wohnungsanmeldungen zum Parteitag.** Woh-  
 nungsanmeldungen und etwaige Wünsche vom Bahn-  
 hof abgeholt zu werden, sind an Genossen Schiller,  
 Ruffig, Kellermannstraße Nr. 1020 zu richten. Es  
 ist anzugeben, mit welchem Zuge und an welchem  
 Bahnhofe die Delegierten ankommen. Die Delegier-  
 ten werden von Ordnern mit roten Armbinden er-  
 wartet, welche die Wohnungsanweisung übermitteln  
 und alle sonstigen gewünschten Auskünfte erteilen.

**Bezirkskonferenz Troppau.** Sonntag, den 25.  
 November versammeln sich die Vertreter der Lokal-  
 organisationen des Bezirkes Troppau, um den Bericht

über die geleistete Arbeit entgegenzunehmen und über  
 die kommenden Aufgaben zu beraten. Die Konferenz  
 war von 25 Personen besetzt. Ueber die politische  
 Tätigkeit berichtete Gen. Stephan Tilz, über die  
 Kassagebarung Gen. Alois Dauter, über die Bil-  
 dungsarbeit Gen. Otto Tilz. Die Kreisvertretung  
 war durch Gen. Joll vertreten, der zum zweiten  
 Punkt der Tagesordnung über die Bodenreform re-  
 ferierte. In der folgenden Debatte beklagten sich die  
 Delegierten aus dem Gullschiner Gebiet über die par-  
 teiliche Vorgangsweise der Regierungsbeamten bei  
 der Verteilung von Grund und Boden. Diesen er-  
 halten nur solche Leute, welche als staatsrechtlich  
 gelten und die ihre Kinder in die tschechi-  
 schen Schulen schicken. Die Deutschen werden  
 als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt. Zum Be-  
 zirksvertrauensmann wurde Gen. Stephan Tilz  
 wieder gewählt.

**Parteierversammlungen im Kruauer Bezirke.** Abg.  
 Genosse Schäfer sprach am 24. v. M. in Kott-  
 wig, am 25. ds. in Mönchsdorf und in  
 Tschernau. Die Versammlungen waren gut be-  
 such. Gen. Schäfer schilderte in seinen Referaten  
 die Ereignisse seit dem Umsturz und ihre Einwirkung  
 auf die Politik, wie auch auf die wirtschaftlichen Ver-  
 hältnisse. Während es nach dem Umsturz ganz ohne  
 jede Schwierigkeit ging, die lebenswichtigsten Arbei-  
 terschutz im Parlamente durchzubringen, sehen wir,  
 wie es heute infolge des Einwirkens der Reaktion  
 fast unmöglich geworden ist, auch nur das allergeringste  
 für die Arbeiter im Wege der Gesetzgebung  
 zu erreichen, von der Sozialversicherung, die man so  
 sicher für das vorige, und dann für das heutige Jahr  
 in Aussicht gestellt hatte, gar nicht zu reden. Gen.  
 Schäfer kam auch auf den Bergarbeiterstreik zu spre-  
 chen und wies die Beschuldigungen der Kommunisten,  
 der Streik hätte mit einem Mißerfolge der Arbeiter  
 geendet, zurück, indem er — der selbst bei allen  
 Beratungen anwesend — erzählte, wie in der Zen-  
 tralstreikleitung selbst Kommunisten gefesselt und sich  
 unter diesen nicht einer gefunden hätte, der sich gegen  
 die Beendigung des Streikes aussprach. Der Redner  
 streifte auch das Treiben der sogenannten Solen-  
 kreuzer, die mit dem Lockworte „National und sozial“  
 die Arbeiter fangen wollen. Schließlich kam Redner  
 noch auf die entsetzliche Not und auf das Elend in  
 Deutschland zu sprechen. Er forderte alle auf, mit-  
 zuhelfen, um die Arbeiterbrüder da draußen im  
 Reiche zu stützen im Kampfe gegen den Kapitalis-  
 mus. — Die Ausführungen der Genossen fanden in  
 allen Versammlungen stürmischen Beifall.

**Kreis-Konferenz Bodenbach.** Samstag, den 1.  
 und Sonntag, den 2. Dezember 1923 in der Volks-  
 halle in Bodenbach dritte ordentliche Kreis-Konferenz  
 mit folgender Tagesordnung: Eröffnung und Kon-  
 stituirung, Berichte, Die Beschlüsse des Verbands-  
 tages, Arbeiterjugend und Partei, Reunwahl der  
 Kreisvertretung und Freie Anträge. — Die Konfe-  
 renz beginnt Samstag, den 1. Dezember um 7 Uhr  
 abends und Sonntag, den 2. Dezember um 8 Uhr  
 vormittags.

**Kinderfreunde-Bewegung.**

**Die Kinderfreunde im Gau Karlsbad.** Im  
 Monat September und Oktober wies die neuen  
 Ortsgruppen des Gau Karlsbad unserer „Arbeiter-  
 Kinderfreunde“ einen Stand von 844 Kinder (gegen-  
 über 725 Kinder im Vormonat) auf. Die Zahl der  
 Mitglieder beträgt 619 (im Vormonat 575). Die  
 Ortsgruppe Puchstein wurde neu gegründet. Alle  
 Ortsgruppen machen Ausflüge. Die Münchhofer  
 Kinder konnten die Schönheiten des Erzgebirges  
 kennen lernen. In allen Ortsgruppen finden wö-  
 chentlich zweimal Vorträge oder Spielnachmittage  
 statt. Die Fortleiter der Gruppen treffen sich alle  
 14 Tage in der Bürgerschule in Pischern zu Aus-  
 sprachen und zum Handfertigkeitsunterricht. Es sei  
 besonders vermerkt, daß einer der führenden Päd-  
 agogen der Gegenwart, Rektor Seinig aus Berlin,  
 einer dieser Zusammenkünfte beehrte. Märchen-  
 vorlesungen finden in Wehlich, Pischern, Altrohan,  
 Dalwitz und Jettitz statt.

**Lernen und Sport.**

**Sonntagsweitspiele.** Prag: Meisterschaft 1. Kl.:  
 Sparta gegen SK. Vikar. Freundschaftsspiele:  
 Slavia gegen Maffabi Brunn, DFC. Ref.  
 gegen Slavia Ref. — DFC. Prag spielt am Son-  
 tag in Wien gegen die Vienna. — Zum Län-  
 derspiel Tschechoslowakei — Spanien  
 hat die ÖMFG. als einzig möglichen Termin den 23.  
 Dezember 1923, als Austragungsort Barcelona vor-  
 geschlagen. Die Tschechoslowakei bezieht selbst-  
 verständlich auf einem Rückspiel in Prag nach im Laufe  
 des Jahres 1924. Als Schiedsrichter proponierte  
 die ÖMFG. den Holländer Eymers und den  
 Schweizer Dirle.

Verleger: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.  
 Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.  
 Druck: Deutsche Zeitungs-Druckergesellschaft, Prag.  
 Für den Druck verantwortlich: C. Holla.

Seit 37 Jahren.

# KALODONT

Zahncreme

**Liebes-Ballete**  
 nach Deutschland (Inhalt  
 Seltwaren) verleiht  
 R. Chmel & Co., Selt-  
 warenfabrik, Prag Ruote,  
 Oldrichova 42. Tel. 7502  
 Preisliste gratis.

**Inferieren Sie in  
 Sozialdemokrat !!**

Kochendes Wasser + Kivi = ausgezeichnete  
 Rindsuppe

sehe,“ flüsterte er der Witwe zu, „so glaube ich,  
 daß Gott sie für einander geschaffen hat. Die  
 Vorsehung hat geheime Wege, sie prüft Herzen  
 und Nieren,“ fügte er laut hinzu, „Wenn ich  
 auch so nebeneinander sehe, meine Kinder, in  
 gleicher Reinheit strahlend, zusammengehörig, so  
 sage ich mir, daß es unmöglich ist, euch je anders  
 als zusammen zu denken. Gott ist gerecht. Ich  
 glaube in Ihrer Hand, Fräulein Victorine, die  
 Erfolgslinie gesehen zu haben. Geben Sie sie  
 mir, ich verstehe mich etwas auf Chiromantie  
 und habe die Zukunft häufig gedeutet. Geben  
 Sie, haben Sie keine Furcht. Was sehe ich? Bei  
 Gott, Sie werden eine der reichsten Erbinnen  
 von Paris werden. Sie werden den Mann, der  
 Sie liebt, glücklich machen. Ihr Vater wird Sie  
 zu sich rufen. Sie werden einen schönen, ade-  
 ligen, jungen Mann, der Sie anbetet, heiraten.“

Die schweren Schritte der stolzen Witwe  
 unterdrücken Vautrins Prophezeiungen.

„Hier ist Mama Vanquer, schon wie ein  
 Stern, eingeschnürt, wie eine Mohrrübe. Er-  
 stiden wir nicht ein bißchen?“ fragte er und legte  
 die Hand auf das Pflauch, die Brüste sind eng  
 zusammengepreßt, Momachen. Wenn wir wei-  
 nen, kommt's zu einer Explosion, aber ich will die  
 Trümmer mit der Sorgfalt eines Antiquars  
 auflesen.“

„Der Mann versteht sich auf die Sprache  
 französischer Galanterie!“ raunte die Witwe ent-  
 zückt Frau Couture zu.

„Lebt wohl, meine Kinder.“ sagte Vautrin  
 und wandte sich mit großer Gebärde zu Eugén  
 und Victorine. „Ich segne euch,“ er legte seine  
 Hände über ihre Köpfe. „Glauben Sie mir, mein  
 Fräulein, es ist etwas an den Wünschen eines  
 christlichen Mannes, sie bringen Glück, Gott  
 hört sie.“

„Auf Wiedersehen, teure Freundin,“ sagte  
 Frau Vanquer zu Frau Couture. „Glauben

Sie,“ fügte sie flüsternd hinzu, „daß Herr Van-  
 trin ernste Absichten auf mich hat?“

„Oh, hm!“

„Ach, liebe Mutter,“ sagte Victorine seuf-  
 zend, als beide Frauen allein waren, und besah  
 ihre Hände prüfend, „wenn der gute Herr Van-  
 trin die Wahrheit gesagt hätte!“

„Dazu ist nur eins nötig,“ antwortete die  
 alte Dame, „daß dein Schenkel von Bruder vom  
 Pferd stürze.“

„Aber Mama!“

„Mein Gott, vielleicht ist es Sünde, seinem  
 Feind Leibes zu wünschen. Nun, ich will Ruhe  
 tun. Aber ich werde frohen Herzens Blumen auf  
 seinem Grabe pflanzen. Er ist ein schlechter  
 Mensch, er hat nicht den Mut, für seine Mutter  
 einzutreten, auf deine Kosten hält er ihr Erbe  
 mit Durchsicherung fest. Meine Rufine hatte ein  
 schönes Vermögen. Unglücklicherweise war ihr  
 Besitz im Ehekontrakt nicht gesondert aufge-  
 führt.“

„Mein Glück würde schwer auf mir lasten,  
 wenn es an jemandes Leben gebunden wäre,“  
 sagte Victorine. „Wenn mein Bruder sterben  
 müßte, damit ich glücklich werde, so würde ich  
 vorziehen, zeitlebens hier zu bleiben.“

„Mein Gott, du siehst, daß dieser gute Herr  
 Vautrin an Gott glaubt. Ich habe mich christlich  
 gestreut, daß er nicht unglücklich ist wie die an-  
 deren, die respektloser als der Teufel von Gott  
 sprechen. Ja, wer weiß, welche Wege die Vor-  
 sehung uns führen wird?“

Die beiden Frauen brachten Eugén mit  
 Sylvias Hilfe in sein Zimmer und legten ihn auf  
 sein Bett. Die Köchin öffnete seine Kleider, um  
 es ihm bequem zu machen. Ehe Victorine das  
 Zimmer verließ, drückte sie, als ihre Pflage-  
 mutter ihr den Rücken zuehrte, einen Kuß auf  
 Eugén's Stirn. Dieser heimliche Kuß erfüllte  
 ihr Herz mit Seligkeit. Sie sah sich in seinem

Zimmer um, sah die vielen Glücksfälle dieses  
 Tages gewissermaßen in ein Bild zusammen, das  
 sich ihrer Seele fest einprägte, und schloß als das  
 seligste Gedächtnis in Paris ein. Das Trinkgelage,  
 bei dem Vautrin Eugén und Vater Goriot ein  
 Schlafmittel in den Wein geschüttet hatte, hatte  
 über Vautrins Schicksal entschieden. Bianchon,  
 der nicht ganz wachern geliebten war, hatte ver-  
 gessen, die Michonneau nach Tod-Überwinden  
 zu fragen. Wenn er diesen Namen genannt hätte,  
 so hätte Vautrin, oder richtiger Collin, um dieser  
 Größe des Bagnos ihren wahren Namen wieder-  
 zugeben, mißtrauisch geworden, Mittel und Wege  
 gefunden, um sich in Sicherheit zu bringen.  
 Außerdem hatte der Epinome: Venus von  
 Pere-Ladaise Fräulein Michonneau bestimmt,  
 den Sträfling auszuliefern, während sie, auf  
 Collins Großmut spekulierend, noch unschlüssig  
 gewesen war, ob es nicht günstiger sei, ihn zu  
 warnen und zur Flucht zu veranlassen. Jetzt war  
 sie, von Poirot begleitet, fortgegangen, um den  
 bekannten Chef der Sicherheitspolizei in der Rue  
 Sainte-Anne aufzusuchen, im Glauben, es mit  
 einem Beamten Gendreaus zu tun zu haben.  
 Der Polizeidirektor empfing sie mit ausgefuchter  
 Liebenswürdigkeit. Als alles festgelegt war, ließ  
 sich die Michonneau das Mittel geben, mit dessen  
 Hilfe sie die Feststellung der Buchstaben vor-  
 nehmen sollte. Bei der erfrenten Bewegung, die  
 der große Mann aus der kleinen Rue Sainte-  
 Anne machte, als er eine Phiole aus seiner  
 Schreibtischschublade herauslangte, erriet sie, daß  
 es sich um mehr als um die Festnahme eines ein-  
 fachen Sträflings handelte. Sie vermutete, als sie  
 die Sache überdachte, daß die Polizei infolge ge-  
 wisser Enthüllungen hoffte, rechtzeitig zu kom-  
 men, um bedeutende Werte mit Beschlag zu be-  
 legen. Als sie dem Polizeifuchs diese Annahmen  
 verriet, lächelte er direkt und verfuhrte, den Arg-  
 wohn der alten Jungfer zu beschwichtigen.  
 (Fortsetzung folgt.)



Ausschneiden!

Am 30. November beginnt  
die außergewöhnliche

Aufbewahren!

# WEIHNACHTS- OKKASION

in sämtlichen Abteilungen des Konfektionshauses

Brag **Stránský** Hybernská.

## Herren-Abteilung:

Wollene Modeanzüge mit Wollserge.	von Kč	160.-
Blaue Modeanzüge glatt oder gestreift.	von Kč	190.-
Ueberzieher mit Wollserge	von Kč	190.-
Raglans Façon „MENCIKOV“	von Kč	190.-
Engl. Gummimäntel	von Kč	115.-
Engl. Waterproofmäntel	von Kč	390.-
Kurze Winterröcke	von Kč	190.-
dieselben mit Fellkragen	von Kč	225.-
Moderne, lange, schwarze Winterröcke	von Kč	330.-
Wirtschaftspelze	von Kč	390.-
Sportpelze	von Kč	490.-
Reise-, Kutscher-, Wächter- Pelze	von Kč	650.-
Chauffeurpelze amerikanisch, v.	Kč	750.-
Lederröcke	von Kč	360.-
Leder-Breeches gefüttert,	von Kč	250.-
Leder-Automäntel	von Kč	900.-
Lederpelze	von Kč	690.-
Kammgarnhosen	von Kč	75.-
Wollene Velourhosen	von Kč	98.-
Wollene Breeches	von Kč	75.-
Morgenröcke	von Kč	190.-
Schlafröcke	von Kč	250.-
Stadtpelze	von Kč	2500.-
mit Natur-Hamsterfutter, echtem Fellkragen und feinstem schwarzen Ueberzug.		

## Volks-Abteilung:

Herren-Modeanzüge mit Wollserge	Kč	98.-
Gummimäntel	von Kč	98.-
Double-Raglans	von Kč	165.-
Kurze Winterröcke	von Kč	140.-
dieselben mit Fellkragen	von Kč	160.-
Schwarze, lange Winterröcke	von Kč	270.-
Wirtschaftspelze	von Kč	330.-
Pelzhosen	von Kč	190.-
Gestreifte Modehosen	von Kč	30.-
Strux-Reithosen	von Kč	38.-
Arbeitsmäntel	von Kč	48.-

## Knaben-Abteilung:

Marine-Anzüge	von Kč	40.-
Manchester-Anzüge	von Kč	90.-
Cheviot-Sport-Anzüge	von Kč	60.-
Westen-Anzüge	von Kč	90.-
Raglans	von Kč	90.-
Winterröcke	von Kč	110.-
Lederhosen	von Kč	120.-
la. Velvet-Hosen	von Kč	35.-
Manchester-Hosen	von Kč	75.-
Leder-Winterröcke	von Kč	650.-
Englische Winterröcke mit Fellkragen	von Kč	290.-
Leder-Pelerinen	von Kč	90.-
Gestrickte wollene Garnituren: Sveater, Hosen, Shawl, Kappe, Handschuhe	von Kč	120.-

## Mode-Abteilung:

Weiche Modenhüte	von Kč	35.-
Sportkappen	von Kč	12.-
Färbige Hemden mit 2 Krägen	von Kč	35.-
Weißer Hemden Damastbrust	von Kč	28.-
Feine, weiße, geputzte Hemden	von Kč	35.-
Flanellhemden	von Kč	20.-
Trikohemden geraucht,	von Kč	25.-
Mode-Pyjamas	von Kč	95.-
Leinen-Unterhosen	von Kč	22.-
Trikot-Unterhosen geraucht	von Kč	22.-
Wollshawls	von Kč	12.-
Breite Seidenshawls	von Kč	25.-
Stöcke	von Kč	4.-
Regenschirme	von Kč	40.-
la. Nappa-Lederhandschuhe	von Kč	28.-
dieselben mit Wollfutter	von Kč	38.-
dieselben mit Fellfutter	von Kč	75.-
Gefütterte Wollhandschuhe	von Kč	8.-
Gestrickte Selbstbinder	von Kč	4.-
Selbstbinder breite seidene	von Kč	12.-
Socken	von Kč	3.-
Leinen-Taschentücher	von Kč	1.50
Seiden-Taschentücher	von Kč	3.50
Sweater und Westen	von Kč	35.-
Tuchgamaschen	von Kč	24.-
Gummihosenträger	von Kč	8.-

Von diesen festen Preisen ist jeder weitere Nachlaß ausgeschlossen!  
Günstige Kaufgelegenheit für Vereine für die Weihnachtsbescherung!